Interview mit J. Janz, dem Vorsitzenden der RHD S. 6

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 48 vom 28. November 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM

Türkische Junta will Antifaschisten hinrichten!

Rettet das Leben von Erdal Eren!

Der junge türkische Antifaschist Erdal Eren ist in größter Gefahr. Das Militärregime in Ankara will sein Leben auslöschen. Nach dem Willen der faschistischen Junta, die sich vor einigen Monaten mit NATO-Hilfe an die Macht geputscht hat, soll Erdal Eren hingerichtet werden.

Nicht zum erstem Mal ist das Leben dieses jungen Antifaschisten bedroht. Bereits vor dem Putsch hatte ihn ein Militärgericht zum Tode verurteilt — unter der Beschuldigung, bei einem Armeeüberfall auf eine Demonstration einen Soldaten getötet zu haben. Beweise dafür gab es nicht. Aber das war für die Militärrichter auch ohne Belang. In der unglaublich kurzen Zeit von drei Tagen zogen sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihren Prozeß durch.

Das Terrorurteil löste einen Sturm der Entrüstung nicht nur in der Türkei aus. In der Bundesrepublik bildete sich ein Komitee „Rettet das Leben von Erdal Eren", dem unter anderem auch die SPD-Bundesabgeordneten Thüsing und Hansen angehören. 50000 Unterschriften sammelte das Komitee gegen das Terrorurteil, einer der Unterzeichner war Willy Brandt. Nicht zuletzt aufgrund dieses Protestes in der Türkei und im Ausland wurde das Todesurteil gegen Erdal Eren vom militärischen Revisionsgericht wieder annuliert.

Aber jetzt nach dem Putsch wollen die faschistischen Generäle endgültig Schluß machen mit dem jungen Antifaschisten. Am 20. November wurde das Todesurteil erneut bestätigt. Zur gleichen Zeit stellte Bonn seine uneingeschränkte Unterstützung für das Mordregime von Ankara erneut unter Beweis, indem es den faschistischen Generälen eine Militärhilfe in Höhe von 600 Millionen Mark gewährte.

Die demokratischen Kräfte in unserem Land aber reagierten auch auf diese neue Morddrohung gegen Erdal Eren wieder mit Protestaktionen. Am Wochenende wurden Kundgebungen vor der türkischen Botschaft in Bonn und vor den Konsulaten in Köln, Hamburg, Frankfurt und Westberlin durchgeführt. Klaus Thüsing und 14 andere Bundestagsabgeordnete schickten ein Protesttelegramm an den Junta-Chef Evren nach Ankara. Amnesty international protestierte, ebenso die Liga für Menschenrechte.

Aber Evren, der von Washington und Bonn gestützte „starke Mann", will offenbar Blut sehen. Am Montag teilte die türkische Botschaft auf Anfrage mit, der Nationale Sicherheitsrat in Ankara — der faktisch mit der Junta identisch ist — habe das Todesurteil gegen Erdal Eren bestätigt. Bei Redaktionsschluß unserer Zeitung war das weitere Schicksal des jungen Antifaschisten noch unbekannt. Sicher war bis zu diesem Zeitpunkt nur, daß auch für 50 weitere Antifaschisten das Todesurteil schon von Staatsanwälten beantragt worden ist.

Das Komitee „Rettet das Leben vor Erdal Eren" hat am Wochenende alle Demokraten und Antifaschisten aufgefordert, mit Telegrammen gegen die drohende Hinrichtung von Erdal Eren zu protestieren. Zu richten an

Kenan Evren
Milli Güvenlik Konseyi ve
Devlet Başkani
Ankara/Türkei

Weg mit allen Todesurteilen gegen Antifaschisten in der Türkei!
Verhindert die Hinrichtung von Erdal Eren!

Friedensdemonstration in Stuttgart

7 000 gingen auf die Straße

STUTTGART.— Am vergangenen Freitag wurde auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr durchgeführt. Etwa 20 000 Menschen waren auf dem Schloßplatz erschienen; zu einem großen Teil waren das jedoch Antimilitaristen.

In ihrem Pfeifkonzert und ihren Sprechchören ging die Zeremonie völlig unter. Die Polizei setzte gegen die Kriegsgegner Knüppel und Tränengas ein. Das Gelöbnis wurde in Stuttgart als besondere Provokation gewertet, weil für den gleichen Tag und die gleiche Stunde schon seit langem eine Friedensdemonstration, getragen vom Stadtjugendring und von den kirchlichen Jugendorganisationen, angesetzt war. 7 000 Menschen erschienen dann zu dieser Demonstration und machten sie zu einer machtvollen Bekundung des Kampfes für den Frieden. Die örtliche Organisation der VOLKSFRONT beteiligte sich sowohl an dieser Demonstration als auch am Protest gegen die Vereidigung.

Nach dem Abschluß der Demonstration kam es in der Stuttgarter Innenstadt zu schweren Ausschreitungen der Polizei. Mit Motorrädern fuhren die Polizisten in die Menge, wobei viele Demonstranten verletzt wurden. Auch berittene Polizei wurde eingesetzt, und es kam wiederholt zu brutalen Schlagstockeinsätzen gegen die Kriegsgegner.

Für bessere Bildung und Ausbildung gingen am Wochenende in Stuttgart und Dortmund mehr als 10 000 Jugendliche auf die Straße. Mit Parolen und Spruchbändern wurde die Bonner Bildungspolitik angegriffen, wobei sich die Proteste vor allem gegen das reaktionäre Sparprogramm von Finanzminister Matthöfer richtete. Auf der Dortmunder Demonstration, die unser Bild zeigt, wurde diesem Sparprogramm auf einem Transparent geantwortet: „Baut Schulen statt Kasernen — wir wollen für den Frieden lernen."

Gegen den Abbau der Stahlbasis bei Hoesch

Großkundgebung in Dortmund

DORTMUND.— Am Freitag, den 28. November, wollen in Dortmund die Hoesch-Arbeiter und die Bevölkerung auf die Straße gehen. Mit Arbeitsniederlegungen und einer Großkundgebung soll gegen die Pläne des deutsch-holländischen Stahlkonzerns ESTEL protestiert und der Forderung für den sofortigen Bau eines neuen Stahlwerkes auf den Hoesch-Hüttenwerken Nachdruck verliehen werden.

Wie der „Rote Morgen" schon mehrfach berichtet hat, ist die von den ESTEL-Bossen geplante ersatzlose Stillegung der veralteten Siemens-Martin-Werke auf der Dortmunder Hoesch-Hütte ein schwerer Eingriff in die Wirtschaftsstruktur von Dortmund und des ganzen östlichen Ruhrgebietes.

Damit wäre auf längere Sicht die Existenz der Hoesch-Hüttenwerke, bei denen gegenwärtig noch ca. 24 000 Menschen beschäftigt sind, in Frage gestellt. Wegen der entscheidenden wirtschaftlichen Bedeutung der Hoesch-Hüttenwerke hätte dies für Dortmund und das gesamte östliche Westfalen wirtschaftlich katastrophale Konsequenzen. Offizielle Befürchtungen beziffern die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze auf mindestens 40 000.

Auch unabhängig von der Frage des neuen Stahlwerkes betreibt Hoesch jedoch einen skrupellosen Feldzug gegen die Arbeitsplätze auf den Hüttenwerken. Bereits in diesem Jahr wurden schon nahezu 3 000 Arbeitsplätze abgebaut. Und ein Ende dieser Maßnahmen ist nicht abzusehen. Die Ortsgruppe Dortmund der KPD unterstützt nach Kräften die Aktionen und den Kampf für den Bau des neuen Stahlwerkes und gegen jeden weiteren Abbau von Arbeitsplätzen bei Hoesch.



Schmidt bei Reagan

Berater des neuen US-Präsidenten legten in der vergangenen Woche einen strategischen Plan für weltweite Aggressionen der amerikanischen Supermacht vor. Der Bundeskanzler jedoch fand nur lobende Worte für Reagan und stellte eine enge Zusammenarbeit in Aussicht. Seite 2.

Kampf für den Frieden

In Krefeld fand ein Seminar statt, auf dem Probleme des Friedenskampfes diskutiert wurden. Mit den Ergebnissen des Seminars setzen wir uns auf Seite 3 auseinander.

Poststreik

Der RM Sprach mit einem Vertrauensmann der Postgewerkschaft über die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst. Seite 4 Seite 4.

Klan-Mörder freigesprochen

Das blutige Massaker von Greensboro, bei dem der berüchtigte Ku-Klux-Klan fünf Demonstranten erschossen hat, bleibt ungesühnt. Die Mörder wurden von der reaktionären US-Justiz freigesprochen.

Nach fünf Tagen Streik

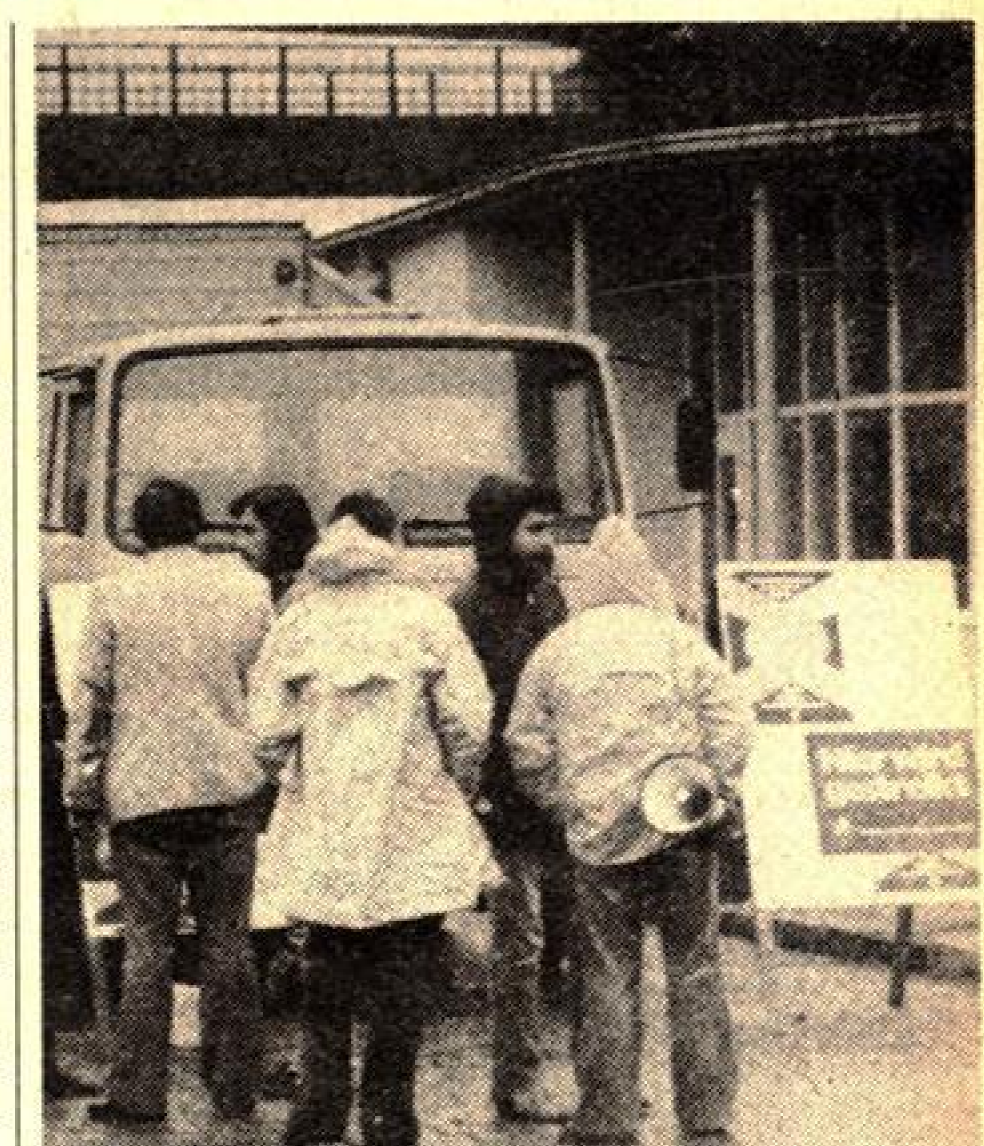
DPG-Chef akzeptiert Schandabschluß!

FRANKFURT.— Obwohl am Sonntag 30 000 Arbeiter und Angestellte der Deutschen Bundespost kampfentschlossen in der Streikfront standen, ist ihnen die Führung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) schmählich in den Rücken gefallen. Unter den Mitgliedern der DPG herrschte Empörung, als die Nachricht von dem Schandabschluß am vergangenen Sonntag, dem 5. Streiktag, bekannt wurde.

Gefordert war die anderthalbfache Bewertung der Arbeitszeit für Nacht- und Wechselschicht und dementsprechend ein Mehr an Freizeit für die Kollegen. Diese Forderung entspricht den schweren gesundheitlichen, familiären und sonstigen Belastungen, die sich aus der Schichtarbeit und den inhumanen Arbeitsbedingungen bei der Post ergeben. Was jetzt zwischen der Bundesregierung und der DGB-Führung vereinbart wurde, ist bestenfalls ein Almosen, jedoch kein echter Freizeitausgleich für diese schweren Belastungen.

Wer im Wechselschichtdienst jährlich 450 Arbeitsstunden in der Zeit von 20 Uhr abends bis 6 Uhr morgens leistet, erhält vier Freischichten im Jahr. Wer nur im Nachtdienst eingeteilt ist, muß 600 Stunden geleistet haben, um in den Genuß der vier Freischichten zu kommen. Bei weniger Arbeitsstunden in den genannten Schichtdiensten erhält man nur zwei bzw. eine Freischicht. Wer nicht mindestens 110 Nachtstunden im Wechseldienst bzw. 150 Nachtstunden im nicht wechselnden Dienst leistet, geht leer aus. Ab 1982 sollen 55jährige eine zusätzliche Freischicht erhalten, ab 1983 soll dies schon für 50jährige gelten. Die Mehrheit der 200 000 Schichtdienstler bei der Post gehen bei diesem Tarifvertrag leer aus!

Der Schandabschluß ist in der Urabstimmung nur schwerlich umzustoßen, denn nach der undemokratischen 75-Prozent-Klausel genügt es bereits, wenn 25 Prozent der Kollegen ihn befürworten.



Streikposten vor dem zentralen Westberliner Paketpostamt Gleisdreieck.

Kommentar der Woche

In der vergangenen Woche bekam Haluk Bayvelken, Kriegsminister der faschistischen Junta in Ankara, Besuch von einem guten Freund. Es war der westdeutsche Botschafter Dirk Oncken, der sich bei ihm eingefunden hatte. Und der Mann aus Bonn sprach bei dieser Gelegenheit nicht nur überschwengliches Lob für den „traditionell eng befreundeten Sozialpartner aus. Er hatte auch ein Gastgeschenk mitgebracht, das sich sehen lassen konnte.

Beihilfe zum Mord

Eine Sonderhilfe von 600 Millionen Mark für Waffenkäufe durfte der Kriegsminister entgegennehmen. **Eine Sonderhilfe wohlgemerkt, die noch auf die reguläre NATO-Militärhilfe — an der Bonn auch beteiligt ist — aufgeschlagen wurde.** Die 600 Millionen Mark sind sozusagen ein Extra, das Finanzminister Matthöfer mal eben von seinem Haushalt abgezweigt hat. Für die faschistischen „Allianzpartner" in Ankara läßt sich unsere Bundesregierung eben nicht lumpen. Da scheut auch der Finanzminister Matthöfer die Mühe nicht, den Rotstift an irgendeinem sozialen Posten auf dem Haushaltsplan noch einmal anzusetzen.

Während der Kriegsminister und der Botschafter den Vertrag über die Sonderhilfe unterzeichneten, wurde in der Türkei wieder einmal der ganze Führungskader einer Gewerkschaft ins Gefängnis geworfen (siehe Seite 11). Während sich die beiden Herren die bei solchen Gelegenheiten üblichen Artigkeiten sagten, wurden neue Todesurteile gegen Revolutionäre verhängt und andere vollstreckt. **Während die Lieferung neuer Waffen besiegelt wurde, hielt die türkische Armee ihre alten Waffen gegen das Volk gerichtet. Und wo immer sich Widerstand regte, machte sie rücksichtslos Gebrauch davon.**

All das störte den Bonner Botschafter nicht. Es störte nicht den Kanzler und auch nicht den Finanzminister. Der hatte ja schon Stunden nach dem Putsch der türkischen Junta gesagt, die Machtübernahme durch das Militär sei ein ganz heilsamer Schock. Und ob dabei das Volk geknebelt, die Gewerkschaften zerschlagen und nackter Terror gegen jede Opposition ausgeübt wird — na wenn schon. Gewiß, die eigenen Parteifreunde, die Aktivisten der türkischen Sozialdemokratie, darben seit Monaten in den Gefängnissen der Junta. Aber man kann doch von einem Schmidt oder Matthöfer nicht verlangen, daß sie sich mit Sentimentalitäten abgeben.

Schließlich steht Höheres auf dem Spiel: Der westliche Imperialismus kann sich nach dem Iran keinen „Unruheherd" im Nahen Osten mehr leisten. Wenn die Völker der Türkei sich nicht freiwillig in die Ordnung des imperialistischen Systems fügen wollen, dann bedarf es eben eines solchen heilsamen Schocks, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Der General Pinochet in Chile hat aus ähnlichem Anlaß das gleiche etwas deutlicher formuliert, als er sagte, die „Demokratie" (sprich: die Herrschaft der Ausbeuter) brauche ab und zu ein Blutbad.

Der General Pinochet hat diese Maxime in eine furchtbare Wirklichkeit umgesetzt. Der General Evren ist gerade dabei, das gleiche zu tun. Er und seine Junta-Kumpane wissen nur zu gut, daß sich die Werktätigen in der Türkei nicht auf Dauer in die von Ankara verordnete Friedhofsruhe pressen lassen werden. Die Junta braucht Waffen. Sie braucht Panzer, um sie gegen bestreikte Betriebe rollen zu lassen oder um die Dörfer Kurdistans niederzuwalzen. Flick produziert diese Panzer und Matthöfer macht die notwendigen Mittel locker.

So ist das also: Die Klassenbrüder in der Türkei werden hingemordet, damit der Griff der NATO und des westlichen Imperialismus um ihr Land eisern bleibt wie je. Die Rüstungshaie in unserem Land verwandeln das Blut der türkischen Werktätigen in klingende Münze. Und bezahlt wird dieser blutige Feldzug gegen ein anderes Volk aus unseren Steuergeldern. Das alles hat eine sozialdemokratische Regierung möglich gemacht. Sie betreibt kaltblütig Beihilfe zum Mord.

Und das sollen wir hinnehmen? Niemals! Der Kampf gegen die verbrecherische Türkei-Hilfe muß verstärkt werden, gerade auch unter Einschluß von sozialdemokratischen Kollegen und Funktionären, die mit Abscheu ihre eigenen Parteiführer als Finanziers einer faschistischen Diktatur sehen. Ein sichtbares Zeichen in diesem Kampf muß dabei die Demonstration am 20. Dezember in Köln werden, für die es mit allen Kräften zu mobilisieren gilt.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Schmidt in Washington

Lob für den Scharfmacher Reagan

Dreiprozentige Aufstockung des Militärhaushaltes bestätigt

WASHINGTON. — Zumindest ein Wahlversprechen hat Bundeskanzler Schmidt in der vergangenen Woche wahrgemacht. Wie er es vor dem 5. Oktober mehrmals verkündet hatte, führte ihn sein erster Auslandsbesuch — noch vor Abgabe seiner Regierungserklärung — nach Washington.

Diese Tatsache unterstreicht deutlich die Absicht der neuen Regierung Schmidt, an der engen Bindung zu den amerikanischen Kriegstreibern festzuhalten. Daß Schmidt auf diesem für unser Land verhängnisvollen Kurs weiter vorangehen will, zeigen auch die wenigen bekannt gewordenen Ergebnisse seiner Reise.



Schmidt demonstriert Einigkeit mit dem Scharfmacher Reagan.

Im Mittelpunkt der Gespräche, die sowohl mit Carter und Angehörigen der noch amtierenden US-Regierung als auch mit Reagan und dessen Leuten geführt wurden, standen Fragen der Kriegs- und Rüstungspolitik. Vor der Reise von Schmidt war ein wahres Trommelfeuer der Kritik amerikanischer Offiziell auf Bonn niedergegangen. In unverschämter und anmaßender Manier wurde eine drastische Steigerung des westdeutschen Rüstungshaushaltes gefordert.

Schmidt dachte jedoch nicht daran, dieser massiven Einmischung in die Angelegenheiten der Bundesrepublik entgegenzutreten. Er versicherte seinen Gesprächspartnern vielmehr untertänig, der kommende Bonner Rüstungshaushalt werde um real 3 Prozent aufgestockt, von einer Minderung dieses Prozentsatzes sei in Bonn nie die Rede gewesen. Reale Aufstockung bedeutet, daß die jetzt von Schmidt zugesagten 3 Prozent auf die Inflationsrate aufgeschlagen werden. Wenn also diese Rate im laufenden Jahr 5 Prozent betragen würde, hieße das eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um 8 Prozent.

Die jährliche Steigerung der Rüstungshaushalte um real 3 Prozent war im vorletzten Jahr auf Carters Druck von den Regierungschefs aller NATO-Länder zugesagt worden. Tatsächlich jedoch wird es in Dänemark in diesem Jahr keine Erhöhung des Rüstungshaushaltes über die Inflationsrate hinaus geben, in den Niederlanden wird die Steigerung nur 1,5 Prozent betragen und Belgien wird seine Militärausgaben sogar um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr senken. Der Bundeskanzler zeigt sich also auch hier wieder einmal als Musterschüler der amerikanischen Kriegstreiber.

Warum Washington gerade jetzt so stark auf massive Aufrüstung bei den europäischen „Bündnispartnern" drängt, wird deutlich, wenn man sich die Pläne der neuen Reagan-Regierung vor Augen hält. Letzte Woche veröffentlichte die „New York Times" ein Strategiepapier von außenpolitischen Beratern des künftigen US-Präsidenten. Darin heißt es unter anderem, daß in Zukunft kein Land der Welt mehr außerhalb der amerikanischen Interessen liegen dürfe. Die US-Streitkräfte müßten in der Lage sein, an jedem Punkt der Erde massiv eingreifen zu können. Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die folgende Formulierung. US-Interessen — so heißt es in dem Papier — müßten auch dann militärisch geschützt werden, wenn „der Angriff einer feindlichen Macht oder einer Koalition von Mächten **nicht unwahrscheinlich** ist."

Das ist eine deutliche Sprache. Damit hat sich auch der neue Präsident seine Doktrin geschaffen: die Doktrin der militärischen Aggression gegen alle Länder, in denen eine Bedrohung amerikanischer imperialistischer Interessen „nicht unwahrscheinlich" ist. Man kann sich angesichts dieser militärischen Strategie und angesichts der gegenwärtig in den USA betriebenen wahnwitzigen Aufrüstung unschwer ausmalen, in welch bedrohlichem Ausmaß sich unter dem Regime von Reagan die Kriegsgefahr verschärfen wird.

Helmut Schmidt aber, der ja nicht zuletzt als Garant für die Erhaltung des Friedens in den Wahlkampf gezogen ist, zeigt sich von dieser Gefahr für die Völker der Welt unberührt. Er lobte nach seinem Gespräch mit Reagan den künftigen Präsidenten über den grünen Klee und betonte, er sehe einer Zusammenarbeit mit diesem Scharfmacher „mit Vertrauen und Erwartungen" entgegen.

10 000 gegen NPD-Parteitag

„NPD verbieten — Nazi Gruppen zerschlagen!"

Größte Demonstration nach dem Kriege

AUGSBURG. — Über 10 000 Menschen bekundeten am 22. November in Augsburg in einem vier Kilometer langen Demonstrationszug ihre Kampfbereitschaft gegen den Rechtsextremismus, für das Verbot der NPD und aller neofaschistischen Organisationen in der Bundesrepublik. An der vom DGB-Bayern organisierten Aktion beteiligten sich alle antifaschistischen Organisationen Augsburgs und Bayerns und viele Antifaschisten aus Baden-Württemberg.

Die Augsburger Sporthalle konnte mit ihren 2500 Plätzen die Demonstanten gar nicht fassen, die sich dort zur Abschlußkundgebung einfanden. In einem Zelt und auf dem Vorplatz drängten sich die Antifaschisten, um dennoch etwas von den über Lautsprecher übertragenen Ansprachen mitzubekommen. Mit diesem Aufmarsch erlebte Augsburg die größte Protestveranstaltung nach dem zweiten Weltkrieg.

„Dem antidemokratischen Treiben der Rechtsradikalen muß endlich mit beherzter Politik und demokratischer Entschlossenheit Einhalt geboten werden. **Faschistische Parteien wie die NPD müssen verboten und rechtsradikale Gruppierungen müssen zerschlagen werden!"** So verlieh Jakob Deffner der aktuellen Forderung aller Antifaschisten und Demokraten Nachdruck.

Heftige Mißfallenskundgebungen gab es in der Sporthalle, als eine „Grußadresse" von Strauß-Freund Stoiber verlesen wurde, in der dieser auch noch die „Einseitigkeit" der Gewerkschaft anzugreifen wagte.

Auch Bürgermeister Hans Breuer nahm an Demonstration und Kundgebung teil und bekräftigte seine Empörung darüber, daß die Stadt von den Gerichten gezwungen wurde, für den Schutz der Neonazis Maßnahmen zu ergreifen.

Kurz vor Demonstrationsbeginn mußte die Route noch geändert werden. Das Innenministerium hatte den Weg zur Kongreßhalle, wo die Faschisten unter dem Schutz von 1 200 Polizisten und Wasserwerfern ihre provokativen Bundesparteitag abhielten, verboten. Der Einspruch des DGB wurde vom Verwaltungsgericht abgeschmettert. Ständig kreisten zwei Hubschrauber der Polizei über dem Demonstrationszug.

Mobilisiert hatte der DGB Bayern mit beispielhaftem Einsatz. In Baden-Württemberg dagegen lief nur sehr wenig. Die Mobilisierung wurde von unseren Genossen und der VOLKSFRONT kräftig unterstützt, die auch aus Baden-Württemberg Mitfahrgelegenheiten organisierten. Augsburg selbst war an allen Ecken schwarz von dem eindrucksvollen Plakat des DGB.

Im Anschluß an die gewerkschaftlichen Aktionen besuchten etwa 100 Freunde der VOLKSFRONT, die nicht aus Bayern kamen und das bei München gelegene KZ Dachau noch nicht kannten, die dortige Gedenkstätte und wurden durch eine Führung und eine Rede mit der Geschichte dieser faschistischen Folterstätte vertraut gemacht. Zu Ehren der Opfer des Hitler-Faschismus legten sie am Mahnmal einen Kranz nieder.

Die großartige Manifestation von Augsburg ist eine Ermutigung für die antifaschistischen Menschen in unserem Land und besonders für die Kollegen, die sich schon seit langem in den Gewerkschaften dafür stark machen, daß endlich die ganze Kraft ihrer Organisation eingesetzt wird, um den rechten Banditen das Handwerk zu legen. Insofern muß Augsburg Beispiel sein und der Beginn eines offensiveren Auftretens des DGB in dieser Richtung. Denn die Forderung der Demonstranten, die auch Jakob Deffner aussprach, werden nur durch energischen und anhaltenden Kampf zu verwirklichen sein.



Nazi-Terroristen auf dem Weg zum Einsatz. Der DGB Bayern fordert das Verbot aller faschistischen Banden.

Krefelder Forum gegen Atomrüstung:

Gute Ansätze, aber falsche Orientierung

Klarheit im Kampf um den Frieden schaffen!

Am 15. und 16. November fand in Krefeld ein Forum gegen Atomrüstung statt. Persönlichkeiten wie Martin Niemöller, Generalmajor a. D. Gert Bastian, Betriebsräte aus verschiedenen Betrieben saßen auf dem Podium. Hauptstoßrichtung des Seminars war die Verurteilung der Pläne, Atomraketen (Pershing II) und Marschflugkörper auf westdeutschem Boden zu stationieren. In verschiedenen Arbeitskreisen wurden Bestandteile des Friedenskampfes, so wie ihn die Veranstalter verstehen, diskutiert. Stark geprägt war die Veranstaltung vom revisionistischen Gedankengut der DKP. Auch den ganz breiten Charakter, den beispielsweise die „UZ" dem Treffen zusprach, hatte es nicht: Genossen der Partei und einem Vertreter der VOLKSFRONT gelang es nicht, an dem Forum teilzunehmen.

Die Ergebnisse des Forums wurden in einer Erklärung zusammengefaßt, die wir hier in einem Ausschnitt aus der „Deutschen Volkszeitung" dokumentieren.

Krefelder Erklärung

Keine Atomraketen in Europa!

Immer offensichtlicher erweist sich der „Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom 12. 12. 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellierten daher gemeinsam an die Bundesregierung,

die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt –
Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung –
die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

In der Verurteilung des Nachrüstungsbeschlusses sind wir mit den Unterzeichnern natürlich einer Meinung. Und wir begrüßen es, daß immer mehr Kräfte in Westdeutschland der Eingliederung der Bundesrepublik in die verhängnisvolle NATO-Strategie der US-Imperialisten offen entgegentreten.

Aber hier fängt die Inkonsequenz der Erklärung auch schon an.

Denn welcher Politik wollen die Verfasser den Weg bahnen? „... im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen atomaren Wettrüstens sein zu wollen ..." Abgesehen davon, daß dieser Verdacht schon lange eine Tatsache geworden ist, wird hier die Grundlage der Existenzdrohung für die westdeutsche Bevölkerung gar nicht angegriffen. Denn diese besteht gerade in der Einbindung in den von den USA kontrollierten NATO-Kriegspakt. Damit wird den Menschen in unserem Land auch die konkrete Orientierung ihres Kampfes für den Frieden vorenthalten. Oder sollen wir auch noch durchsetzen, daß Reagan und Co. die NATO nur für friedliche Zwecke einsetzen — wie immer das aussehen soll? Und wie sollen wir das von Westdeutschland aus tun?

Die Autoren haben nur einen Weg anzubieten: die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Begrenzung der strategischen Rüstung usw., die sich mittlerweile schon viele Jahre hinziehen und außer ständiger Aufrüstung nichts gebracht haben, ja, bei denen es auch gar nicht um Abrüstung, sondern nur um die Limitierung des Ausbaus der jeweiligen Militärmacht geht. Die Verfasser der „Erklärung" versteigen sich sogar zu der Formulierung: (Im Falle der Nichtratifizierung von SALT II durch die USA) „könnte ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf nicht **im letzten Moment gestoppt werden ...**" **Als selbstmörderisch wird sich dieses Vertrauen auf die Verhandlungen der größten Militärblöcke und aggressiven Mächte der Welt erweisen, wenn unser Volk den Kampf um den Frieden nicht in die eigene Hand nimmt!**

Die grundlegende Orientierung der demokratischen Friedensbewegung in unserem Lande muß der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden sein. Nur eine neutralisierte Bundesrepublik bietet „erst die Chance dafür ..., daß wir das Jahr 2000 in einem unzerstörten Deutschland bzw. überhaupt noch erleben." (Friedensplan der KPD)

Dazu ist die Schaffung einer breiten Volksbewegung nötig. Sie allein kann den notwendigen Druck ausüben, der dieser Forderung die Chance auf Verwirklichung eröffnet. Deshalb sind Unklarheiten und falsche Orientierungen in den Reihen der friedliebenden Kräfte in unserem Lande sehr schädlich.

Ein grundlegender Fehler der Verfasser der Krefelder Erklärung ist, der Sowjetunion jegliche Aggressivität abzusprechen. Es ist unbedingt richtig, den Begründungen der NATO-Generäle, der US- und der Bundesregierung entgegenzutreten, nach deren Worten die Rüstungskapazität der Sowjetunion die massive Aufrüstung der NATO und die Stationierung von Atomwaffen in Mitteleuropa erforderlich mache, um die „Sicherheit des freien Westens" zu garantieren. Das ist deshalb richtig, weil die NATO eine Bedrohung für die Menschen in dieser Region darstellt und keinen Schutz, sozusagen die Garantie dafür, auch ganz bestimmt in eine militärische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden. Sie ist weiter deshalb wichtig, weil wir den Kampf für Abrüstung und Neutralisierung der Bundesrepublik auch unabhängig von der Entwicklung innerhalb der Staaten des Warschauer Paktes aufnehmen müssen, weil schon ein Erfolg in dieser Hinsicht im westdeutschen Teilstaat eine Erschwernis für die Kriegsbrandstifter darstellen würde.

Unrichtig wird es aber, sobald man von der Bekämpfung der „Schutzmacht"-Lügen der NATO-Strategen zu einer Verharmlosung der imperialistischen Bestrebungen der heutigen Sowjetunion übergeht. **Lebensgefährlich wird es gar, wenn man den Kampf um die Erhaltung des Friedens, um Entspannung und Abrüstung an die Führung der UdSSR delegiert, sie sozusagen als Interessenvertreter der friedliebenden Kräfte bei den Verhandlungen mit den USA akzeptiert.**

Die CSSR 1968, Afghanistan 1980, das Verhalten der UdSSR an den Krisengebieten der Welt, die Besetzung und Mißachtung der nationalen Souveränität der osteuropäischen Länder, all das weist die Sowjetunion als aggressive imperialistische Macht mit sozialistischem Mäntelchen aus. Es liegt in ihrem Interesse genausowenig wie in dem der USA, daß sich das Volk auf seine eigenen Kräfte besinnt. Ausgehend von dieser Tatsache kämpft unsere Partei auch im Osten unserer Heimat, in der DDR, für den Abzug aller fremden Truppen, den Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Neutralitätserklärung der DDR. Der Erfolg dieses Kampfes in beiden deutschen Staaten und die Durchsetzung der weiteren Forderungen des Friedensplanes der KPD — volle, uneingeschränkte gegenseitige staatliche Anerkennung; Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten; gemeinsamer Abschluß gleicher Verträge mit allen Nachbarstaaten; Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten — würde dafür sorgen, daß die aggressiven Militärblöcke weit auseinanderrücken.

Aber wir müssen heute dort kämpfen, wo wir kämpfen können, das Ziel anstreben, das für uns zu verwirklichen ist, ohne auf „die anderen" zu warten. Deshalb richten wir die Aufforderung an alle friedliebenden Menschen in der Deutschen Bundesrepublik: Vereinigen wir unsere Kräfte im gemeinsamen Kampf! Verbinden wir die Aktion gegen den „Nachrüstungs-Beschluß", gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD mit den grundlegenden Forderungen:

„• Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden
- Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG
- Kündigung aller diesbezüglichen Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG usw.)
- Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland
- Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung
- Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland
- Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten."

(Friedensplan der KPD)

Alle Kriegsgegner rufen wir auf, zu diesem Plan Stellung zu beziehen!

Für manche Teilnehmer wird das Seminar bei allen Mängeln Anstoß gewesen sein, sich in der Friedensbewegung weiter zu engagieren. Mit diesen Menschen suchen wir als Kommunisten das Gespräch und vor allem die gemeinsame Aktion. Wir begrüßen die Anregung, die Kräfte der Anti-Atom-Bewegung und der Anti-Kriegs-Bewegung näher zusammenzuführen, was auf der Demonstration in Nordhorn-Lingen schon zum Ausdruck kam. Auch im süddeutschen Raum sollte nach Meinung der Teilnehmer am „Arbeitskreis 4" eine solche Demonstration stattfinden. Entschieden abgelehnt wurden die Pläne, auch noch die Frauen zum Kriegsdienst zu zwingen. Auch aus kirchlichen Kreisen waren viele Stimmen gegen die Rüstungspolitik zu hören. Von besonderer Bedeutung sind sicherlich die Bekundungen des Kampfeswillens zahlreicher Gewerkschafter. Es ist ein wichtiges Bestreben gerade der KPD, eine breite gewerkschaftliche Friedensbewegung zu schaffen.



Salt-II-Verhandlungen — Aufrüstung statt Abrüstung.

DKP-Führung sabotiert Friedenskampf

Was bei vielen ehrlich um den Frieden bemühten Menschen auf Unklarheiten zurückzuführen ist — daß mag auch für viele Teilnehmer des Krefelder Forums gelten — ist aus dem Munde von Menschen, die sich Kommunisten nennen, eine unverzeihliche Irreführung des Volkes und bewußte Mißachtung seiner elementaren Lebensinteressen.

Der Kampf gegen die Kriegspolitik der NATO und gegen die Einbeziehung der BRD bzw. ihren Verbleib in diesem Angriffspakt ist immer Bestandteil der kommunistischen Politik in Westdeutschland gewesen. Es ist eine Schande, daß die DKP inzwischen sogar diese Forderung aufgegeben hat zugunsten der imperialistischen Schacherpolitik der Kreml-Führung.

Deutlich wurde der Bankrott der DKP-Führung in dieser Frage auch anläßlich des 25. Jahrestages der Bundeswehr-Gründung. In der dazu veröffentlichten „Erklärung des Präsidiums der DKP" („UZ" vom 12.11.80) ist die Forderung nach NATO-Austritt nicht zu finden. Statt dessen wird das Bild einer friedliebenden Bundeswehr innerhalb dieses Bündnisses gezeichnet, das es angeblich zu verwirklichen gilt! Auch in den Artikeln der revisionistischen Zeitung wird hauptsächlich das offen militaristische Beiwerk der Jubiläumsfeier angegriffen, nicht aber die Bundeswehr selbst als imperialistische Angriffsarmee, die sie ja heute bereits ist, unabhängig von der geplanten Steigerung ihrer Aggressivität.

Die Qualität der Einflußnahme der DKP auf die Bundesregierung, die ihrer Meinung nach wiederum einen positiven Einfluß auf die USA ausüben soll, offenbart sich in der hilflosen Frage: „Wann wird der Kanzler endlich die Interessen und das Leben der Bürger unseres Landes wichtiger nehmen als die Gunst eines Ronald Reagan und das Wohlwollen der Rüstungskonzerne?" (Leitkommentar der „UZ" am 18.11.80) Wer auf solch einen Sinneswandel warten will, ist mit Sicherheit verraten und verkauft.

Die Vertröstung auf die Verhandlungen UdSSR-USA, auf die wir keinerlei Einfluß und von denen wir nichts zu erhoffen haben, wird zur alleinigen Leitlinie dieser Partei, die sich darum bemüht, einen stärkeren Einfluß auf die Friedensbewegung in Westdeutschland zu gewinnen. Die DKP bereitet zur Zeit ihren sechsten Parteitag vor, der im nächsten Jahr stattfinden soll (29.-30. Mai 1981 in Hannover). Dazu hielt Herbert Mies auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der DKP eine richtungsweisende Rede, in der er auch auf den Kampf um den Frieden eingeht und die Aufgaben benennt, die sich seiner Ansicht nach für die DKP stellen. Unter der Überschrift „Der Friedenkampf muß konkret geführt werden" findet man als einzigen konkreten Punkt den Kampf gegen den Nachrüstungsbeschluß. Die Hoffnungen werden auch hier gerichtet auf die Madrider Konferenz, deren Verlauf schon deutlich zeigt, was dieses Vertrauen wert ist, und auf die Wiener Verhandlungen über „Truppenreduzierung in Mitteleuropa". Abgesehen von einer vorhergegangenen Verteidigung der Kreml- und DDR-Führung war das dann auch schon alles.

Damit wir nicht mißverstanden werden: im Kampf gegen die Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden und jeden ähnlichen Plan werden wir mit den Mitgliedern der DKP Seite an Seite stehen. Wir werden Herbert Mies beim Wort nehmen, der sagte: „Wir Kommunisten möchten allen versichern, daß wir jede Initiative unterstützen, die jetzt der wichtigsten aller Aufgaben dient: der Verhinderung der Durchführung des NATO-Raketenbeschlusses." Am Willen zur gemeinsamen Aktion in dieser Frage mangelt es bei unserer Partei nicht; daß gilt natürlich nicht nur für DKP gegenüber. Aber die Versuche, die Entwicklung der Friedensbewegung zu hemmen und ihr eine falsche Orientierung zu geben, werden wir entschieden bekämpfen.

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden

Friedensplan der KPD

Arbeitsbedingungen bei der Bundespost

„...das geht dann die ganze Nacht — bis zum Umfallen"

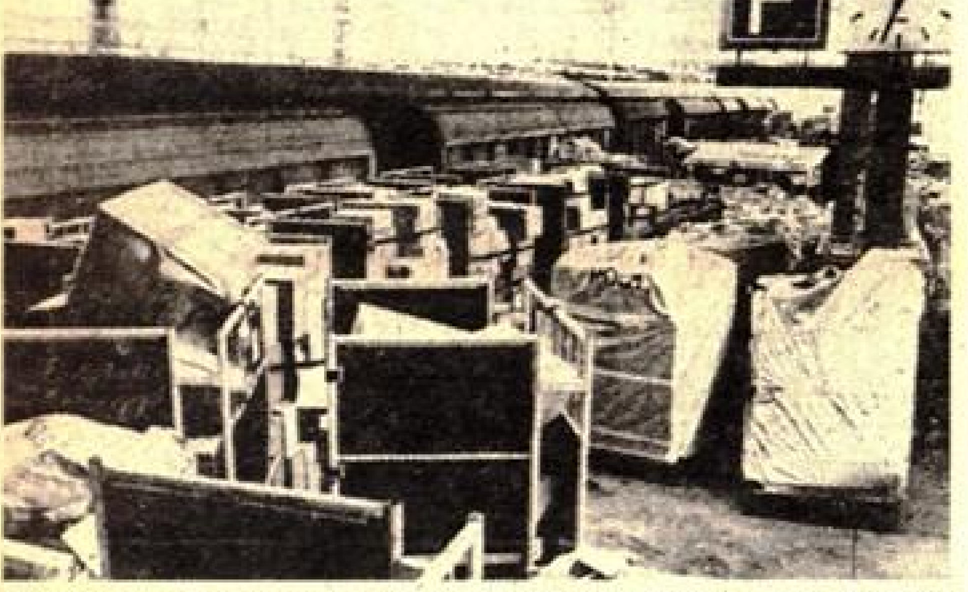
Bericht eines im Schichtdienst tätigen Postarbeiters

Wenige Tage vor dem Beginn des Streiks der Postbediensteten führte der „Rote Morgen" ein Gespräch mit einem Arbeiter, der bei der Deutschen Bundespost im Schichtdienst tätig ist. Der Kollege arbeitet im Paketpostdienst als Stapler- und Treckerfahrer. Als Vertrauensmann der Deutschen Postgewerkschaft ist er gewerkschaftlich aktiv engagiert. Im folgenden der Bericht des Kollegen über die Arbeitsbedingungen bei der Bundespost, wie er sie aus seiner eigenen Erfahrung her kennt.

Schichtdienst — extrem gesundheitsschädlich

In der Privatwirtschaft ist, soweit ich informiert bin, die Schichtarbeit in Produktionsbetrieben nach festen Schichtplänen geregelt: eine Woche Frühschicht, eine Woche Mittagsschicht, eine Woche Nachtschicht. Demgegenüber gibt es bei uns keine festen Schichtpläne, die Schichten können jederzeit wechseln, der Rhythmus ist völlig unregelmäßig. Es kommt vor, daß man über Wochen hinweg nur auf Nachtschicht gesetzt wird. Dann wieder, daß die Schicht von Tag zu Tag wechselt: heute nachts, morgen nachmittags, dann wieder morgens. Auch an Sonn- und Feiertagen wird gearbeitet.

Der Körper kann sich auf diese unregelmäßige Wechselschicht überhaupt nicht einstellen. Das ist unheimlich gesundheitsschädlich, das beweisen auch wissenschaftliche Untersuchungen. 60 Prozent der Kollegen, die bei der Post im Schichtdienst arbeiten, müssen vorzeitig in Rente gehen. Das ist doch wirklich erschreckend!



Berge von Paketen und menschenleere Hallen. Die Postler streiken! Das Foto wurde in Frankfurt im Postamt 4 aufgenommen.

Auch die Freizeit wird kaputtgemacht

Durch die Schichtarbeit und zusätzlich durch ihren unregelmäßigen Charakter wird auch unsere Freizeit versaut. Unser ganzes Leben, Familie, Freunde, gesellschaftliche und kulturelle Beschäftigung, wird verdreht und kaputtgemacht.

Muß man beispielsweise mal über längere Zeit auf Nachtschicht, dann hat man zwischendurch nur einen Tag frei. Man kommt also morgens von der Arbeit nach Hause und muß erst mal schlafen. Weil die Arbeit sehr anstrengend ist, braucht man mindestens acht Stunden Schlaf. Am späten Nachmittag steht man dann auf. Bis man gebadet hat, „gefrühstückt" und überhaupt richtig in Gang gekommen ist, ist es meist schon wieder später Abend. Aber jetzt ist man erst voll da. Die ganze Nacht liegt vor einem. Aber was soll man machen? Nachts ist ja total nichts los! Irgendwann gegen Morgen schläft man wieder ein und wacht dann erst am Nachmittag wieder auf. Und jetzt geht es wieder los: auf zur Nachtschicht. Kann man da überhaupt von Freizeit sprechen?

Man kann nur sehr beschränkt am normalen gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Fragen mich Freunde, ob ich mit ins Kino oder ins Konzert gehe, muß ich meistens ablehnen. Kriegst du abends Besuch, dann guckst du dauernd auf die Uhr und denkst: In einer halben Stunde muß ich zur Nachtschicht.

Schwere Belastung für das Familienleben

Das Zusammenleben zwischen meiner Frau und mir ist sehr problematisch durch meine Schichtarbeit. Jetzt zum Beispiel fängt bei uns schon der Weihnachtspostverkehr an. Da fallen zum einen Überschichten an und man muß zum anderen damit rechnen, daß man noch eine Woche zusätzlich Nachtschicht aufgebrummt bekommt. Jetzt sieht das konkret so aus, daß wir vier Wochen hintereinander Nachtschicht haben. Als ich das meiner Frau beibringen mußte, hat sie gesagt, ich soll mir entweder eine andere Arbeit suchen oder wir müßten unser Zusammenleben noch einmal überdenken. Solche Formen nimmt das an!

Man muß gegenseitig unheimlich Verständnis und Geduld füreinander aufbringen, sonst geht so einiges dabei in die Brüche. Wir haben ja noch keine Kinder. Sonst wäre das sicher noch schwieriger.

Was übrigens die Überstunden betrifft, so hat man theoretisch Anspruch auf einen Freizeitausgleich. Aber erstens läßt sich das oft nur schwer durchführen, wenn zum Beispiel so viele Überstunden anfallen, wie jetzt in der Vorweihnachtszeit. Zweitens wissen die meisten Kollegen über ihre Rechte gar nicht so genau Bescheid. Vom Personalbüro aus, ist es üblich, daß die Überstunden einfach automatisch finanziell abgegolten werden. Da muß man sich schon unheimlich rühren, damit man dann doch einen Freizeitausgleich statt Geld bekommt. Die Post zahlt lieber in Geld als in Freizeit. Dadurch können die den Personalstand niedriger halten.

Meine Meinung ist, daß Nachtarbeit bei der Post gar nicht notwendig ist. Das läßt sich auch anders organisieren. Dem steht aber offensichtlich das Profitinteressen entgegen. In Österreich zum Beispiel geht es auch ohne Nachtschicht. Da hat man bei den Postkunden eine Befragung durchgeführt, ob sie unbedingt darauf bestehen, ihre Karten und Briefe auch samstags zu bekommen. Und es zeigte sich: Die meisten waren der Meinung, daß das nicht notwendig ist. So ist man in Österreich dazu übergegangen, samstags keine Postauslieferung mehr zu machen. Warum soll das hier nicht auch möglich sein?

Bei jeder Witterung...

Wenn wenigstens ansonsten für anständige Arbeitsbedingungen gesorgt würde! Aber manchmal kommt mir das vor, als hätten die Methoden wie im Mittelalter. Da geht dann zum Beispiel plötzlich die Heizung kaputt. Das war in einer Nacht, als gerade der erste Frosteinbruch kam. Besonders die Frauen taten mir leid. Die mußten ja trotzdem malochen und hatten sich dabei irgendwie eingemummelt, mit alten Wolldecken, dicken Mützen und so.

Die meisten von uns müssen sowieso viel draußen im Freien arbeiten, egal welche Witterung da herrscht. Und auch sonst wird auf vernünftige Arbeitsbedingungen von den Dienstherren kein Wert gelegt. Unser Postamt ist total veraltet. Die Packkammer wurde irgendwann zu klein. Anstatt, daß man ein bißchen Geld genommen hat aus dem enormen Überschuß, den wir erarbeiten, um eine neue Packhalle zu bauen, hat man von einem Kirmesfritzen ein uraltes, vergammeltes Bierzelt gemietet. Da regnet es rein und es zieht an allen Ecken und Enden durch. Erst jetzt hat man mit dem Neubau der Halle begonnen. Und dieser Bau ist auch schon wieder zu klein angelegt.

Arbeitshetze wie im Akkord

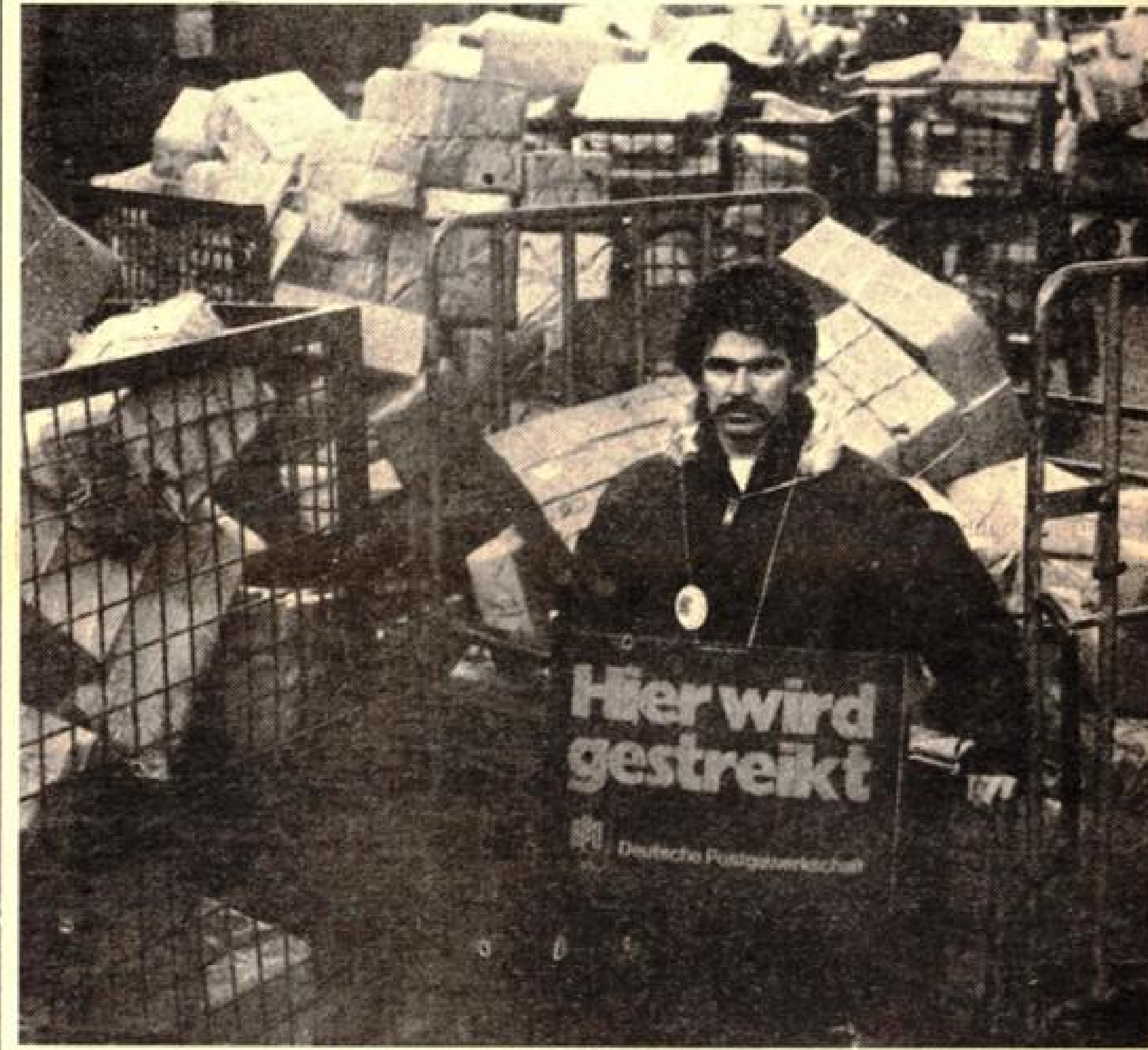
Praktisch arbeiten wir wie im Akkord. Man versucht die Leistung systematisch hochzutreiben. Das Transportband für die Pakete läuft immer im gleichen Tempo, egal wieviel Sackwagen durchgemischt werden müssen. Unser Rekord war einmal 24 Sackwagen in einer Schicht. Dann heißt es bei den Vorgesetzten: Seht ihr, das ist doch durchaus zu machen. Hat man dann einmal Schwierigkeiten und man schafft nur 20 Sackwagen, dan wird man von oben angemacht. Man wird unter Druck gesetzt. Das geht manchmal bis zur Kündigungsdrohung.

Wir Männer transportieren die Pakete in die Packkammer an. In Rollbehältern wird das Zeug zu den Frauen am Transportband herangeschoben. Sie haben nichts anderes zu tun, als die ganze Nacht über die Behälter auszuleeren und die Pakete aufs Band zu werfen. Die Pakete sind teilweise sehr schwer. Das ist Knochenarbeit. Ich möchte das nicht machen. Und das geht dann die ganze Nacht bis zum Umfallen. Der Arbeitsstreß wird höher, je mehr Pakete ankommen bzw. schon vor Schichtbeginn aufgelaufen sind.

Mir als Stapler- und Treckerfahrer geht es sonntagnachts, wenn die Arbeitshetze immer besonders stark ist (das kommt daher, daß wir Samstags unseren freien Tag haben) oft so, daß ich ohne zu unterbrechen fahren muß. Nur zu den offiziellen Pausen kann ich von dem Ding runter. Das ist unheimlich anstrengend und die Unfallgefahr ist stark, weil man übermüdet ist.



Seit sechs Jahren bereits fordern die Postgewerkschafter humanere Arbeitsbedingungen im Schichtdienst. Seit vier Jahren schleppten sich die Verhandlungen hin.



Streikposten im Hamburger Paketpostamt.

Verlag Roter Morgen besucht Streikposten

Solidarität aus dem „Kundenkreis"

Korrespondenz von Genossen Verlagsmitarbeitern

Am Donnerstagfrüh um 5 Uhr standen an der Dortmunder Hauptpost bereits die Streikposten. Hocherfreut darüber, daß die Postgewerkschaft den Streik ausgerufen hat, entschlossen wir uns, beim Paketverladeplatz eine Flasche Kognak für die streikenden Kollegen vorbeizubringen.

Da unser Verlag dort regelmäßig ausliefert, kannte man uns. Bis zu diesem Zeitpunkt waren wir die einzigen, die aus dem Kundenkreis Solidarität zeigten. Die Streikposten haben sich sehr gefreut. Von anderen Geschäftskunden werden sie das nicht erwarten.

Am Donnerstagfrüh traten auch die Postler in Dortmund-Hörde in den Streik — einen Tag früher als geplant. Um 6 Uhr 30 waren vor dem Tor an die 150 Kollegen versammelt. Die Dienste wurden eingeteilt. Wer nicht sofort als Streikposten eingeteilt war, ging dann erst mal ins Streiklokal. Die Frauen und Männer vor den Toren sind fest entschlossen. Jedesmal, wenn sie ein gelbes Auto sehen, sehen sie rot und schließen ganz aufgeregt ihre Reihen.

Ein Zwischenfall ereignete sich hier am Freitagmorgen: Innerhalb von zwei Stunden versuchte ein Fahrer ohne Ausweis dreimal durchs Tor zu kommen. Zum Schluß wurde er sogar gewalttätig gegen die Frauen, die dort als Streikposten standen. Aber sie haben sich nicht einschüchtern lassen und den Kerl erneut abgewiesen.

Viele der Beamten in der Hörder Post symphatisieren mit dem Streik. Ein Teil von ihnen verstärken in ihrer Freizeit sogar die Streikposten. Dies sind solche Beamte, die auch die gleiche Arbeit machen, wie die Arbeiter und Angestellten.

Als wir vom Verlag Kaffee brachten, stand bei den Streikposten auch ein Kollege vom Kreisvorstand der Postgewerkschaft. Ob es ihn wohl gewurmt hat, daß „die Roten" an diesem Tor bis dahin die einzigen waren, die praktische Solidarität übten? Er sagte: „Streik, das ist ja Euer Fach, da seid Ihr immer die ersten".

Die Postler sind stolz darauf, daß es zum Streik gekommen ist. Die Kollegen schätzen, daß der Streik eventuell noch eine Woche dauert. Sie wissen, daß gegen ihren Streik gehetzt wird und, daß Teile der Bevölkerung darauf hereinfallen. Aber trotz dieses Drucks stehen sie unerschrocken zu ihrer Sache. Viele Postfrauen haben das erste Mal in ihrem Leben Flugblätter verteilt, Streikposten gestanden und ähnliches.

Beeindruckend ist, daß alle ohne Unterschiede Streikposten stehen. Parteiengezänk ist nicht zu spüren. Ihre Interessen um bessere Arbeitsbedingungen und um ihren gemeinsamen Kampf stehen absolut im Vordergrund.

Wir werden die Kollegen weiter mit Kaffee und Schnaps versorgen und ihren Kampf nach Kräften unterstützen.

Schluß mit der Politik der Vorleistungen

Stahlwerk jetzt! Nein zu weiterem Belegschaftsabbau!

Vorschläge der KPD für die gewerkschaftliche Gegenstrategie

Bei Hoesch haben die Betriebsratsspitzen Anfang dieses Jahres dem Abbau von 4200 Arbeitsplätzen zugestimmt. Bei Opel-Rüsselsheim wurden seit Jahresmitte 6000 Arbeiter per Sozialplan entlassen. Angeblich waren das notwendige „Vorleistungen", damit wenigstens die verbleibenden Arbeitsplätze gesichert würden. Aber wie die Tatsachen beweisen, wird durch diese Politik der „Vorleistungen" einzig und allein der Profit der Konzernherren gesichert.

Die Herren des ESTEL-Konzernvorstandes bzw. die mit ESTEL verbundene Deutsche Bank stellen sich heute auf folgenden Standpunkt: Was interessiert uns das Gejammer des Betriebsrates von Vorleistungen, die erbracht worden sind; für uns zählt nur, ob ein neues Blasstahlwerk und die Erhaltung der Stahlbasis in Dortmund Profit bringt.

Und genau so steht die Frage auch bei Opel-Rüsselsheim für den Konzern General Motors (USA). Nur das private Gewinninteresse einiger Millionäre und Milliardäre zählt. Die Interessen der Arbeiter, der Bevölkerung, das Schicksal ganzer Städte, schert das Kapital einen Dreck.

Es war von Anfang an verkehrt, einem Arbeitsplatzabbau zuzustimmen und zu glauben, daß dann zum Beispiel bei Hoesch der Bau des neuen Stahlwerks gesichert sei. Im Kapitalismus kann der Arbeiter seine Interessen niemals durch „Vorleistungen" oder durch Zugeständnisse an das Kapital wahren. Alles mußte er sich im Kampf gegen das Kapital erringen. Und was er mühsam erkämpft hat, muß er immer wieder durch Kampf verteidigen. Ein „friedliches Miteinander" von Kapital und Arbeit ist unmöglich. Das Gerede von Sozialpartnerschaft ist Betrug.

Warum gibt der Betriebsrat bei Hoesch nach wie vor seine Zustimmung zu Kurzarbeit, Belegschaftsabbau, Umsetzungen und Rationalisierungsmaßnahmen? Warum stoppt er nicht den Sozialplan, wo inzwischen doch schon regelrechte Entlassungen angekündigt werden? Warum bejaht er immer noch das Kostensenkungsprogramm, das immer weiter ausgedehnt wird? Und dies alles, wo die Bosse sich weigern, das neue Stahlwerk zu bauen!

Die KPD unterstützt den Standpunkt der RGO: Nein zu jeglichem Belegschaftsabbau! Kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze! Konsequenter Widerspruch gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!

Wie die RGO sind auch wir gegen den Standpunkt der IGM-Führung, daß man als „Gegenleistung" für das neue Stahlwerk hinnehmen soll, daß Tausende weiterer Hoesch-Beschäftigter wegrationalisiert werden. **Richtig ist es dagegen, den Kampf im Betrieb gegen jede Rationalisierung auf Kosten der Belegschaft zu verbinden mit dem Kampf für die sofortige Errichtung des neuen Stahlwerkes.**

Konsequent gegen die Konzernbosse Front machen statt sogenannter "vertrauensvoller Zusammenarbeit"! Betriebsrat und Gewerkschaft müssen der Profitstrategie des „Abbruchunternehmers" Rohwedder eine Strategie des entschlossenen gewerkschaftlichen Widerstandes für ganz Hoesch entgegensetzen. Dem Konzernvorstand darf es nicht gelingen, die Belegschaften der Hüttenwerke und der Weiterverarbeitung gegeneinander auszuspielen.

Würden die Einheit und Kampfkraft der Belegschaften in diesem Sinne gefestigt, so würde dadurch auch der schwere Kampf für das neue Stahlwerk einen großen Auftrieb erhalten. **Einigkeit macht stark!**

Mit Recht ist übrigens die Frage in die Diskussion gekommen, ob nicht eine Verstaatlichung von Hoesch gefordert werden sollte. Dadurch könnte die Stahlbasis in Dortmund wohl besser gesichert werden. Andererseits liegt eine Verstaatlichung auch deshalb nahe, weil die Vernichtung der Dortmunder Stahlbasis ungeheuere soziale Kosten bringen würde.



Zwar wäre auch Verstaatlichung keine automatische und endgültige Lösung. Der Bonner Staat ist ein kapitalistischer Staat, den das Monopolkapital beherrscht. Aber: Die Regierung muß auch an die Wahlen denken. **Für einen Herrn Rau wäre es nicht mehr mit schönen Worten auf der Großkundgebung getan. Er müßte Farbe bekennen!**

Der Kampf bei Hoesch oder bei Opel-Rüsselsheim für die Erhaltung der Arbeitsplätze kann nicht isoliert geführt werden. Er ist Bestandteil des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegen Arbeitsplatzvernichtungen, für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn.

Vor allem müssen die Gewerkschaften jetzt den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für die Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters wieder aufnehmen. Konsequenter Klassenkampf gegen das Kapital und die Regierung statt Sozialpartnerschaftsbetrug! Schluß mit den Illusionen vom „sozialen Frieden". „Sozialer Dialog" ist Schwindel! Konzertierte Aktion heißt, die Gewerkschaften an die Kette des Kapitals zu legen!

Diesen Artikel haben wir einem Extra-Blatt des „Roten Morgen" entnommen, welches am 28.11. auf der Großkundgebung in Dortmund für den Bau des neuen Stahlwerkes verteilt wird. Das Extrablatt kam auf Initiative der Ortsgruppe Dortmund der KPD zustande. Es ist bereits das zweite RM-Extrablatt, das in Dortmund im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Vernichtung der Stahlbasis von der Partei herausgegeben wird.

Dortmund und Rüsselsheim

Demonstrationen gegen Arbeitsplatzvernichtung

Am Freitag, den 28.11. werden die Hoesch-Arbeiter der Hüttenwerke in Dortmund mittags die Arbeit niederlegen und für den Bau eines neuen Blasstahlwerkes, gegen den Abbau der Stahlbasis bei Hoesch demonstrieren. Um 14 Uhr 30 wird eine Großkundgebung im Dortmunder Stadtzentrum stattfinden unter dem Motto: „Stahlwerk bauen — Arbeitsplätze sichern für Dortmund und das östliche Revier".

Einen Tag später, am Samstag, den 29.11., findet in Rüsselsheim eine Demonstration gegen die Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassung in den Rüsselsheimer Opel-Werken statt. Die Demonstration steht unter dem Motto: "Rettet Rüsselsheim!"

In beiden Fällen geht der Kampf gegen die Vernichtung Zehntausender Arbeitsplätze. Durch Konzernwillkür droht jeweils einer ganzen Stadt der wirtschaftliche Zusammenbruch. Der Stahlkonzern ESTEL will den Hoesch-Hüttenwerken die Luft abdrehen. In Rüsselsheim plant der amerikanische Automobilgigant General Motors (GM) dasselbe mit den Opel-Werken. Bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund sind gegenwärtig noch ca. 24000 Menschen beschäftigt. In den Rüsselsheimer Opel-Werken arbeiten jetzt noch rund 36000 Menschen.

- **Großkundgebung in Dortmund: Beginn 14 Uhr am Neuen Markt**
- **Demonstration in Rüsselsheim: Beginn 9 Uhr 30 am Opel-Wohnheim Grundweg.**

Wir rufen unsere Leser auf, sich nach Möglichkeit an den Aktionen zu beteiligen.



„Das Stahlwerk muß her, sonst geben wir keine Ruhe mehr." Mit dieser Parole demonstrierten vor zwei Wochen die Lehrlinge des Werkes Phoenix der Hoesch-Hüttenwerke.

Warnstreiks der deutschen Kraftfahrer bei der US-Armee

Lohnkürzung um 12 Prozent!

Militärpolizei führt ÖTV-Sekretär ab

STUTTGART. — Rund 1000 bei den amerikanischen Besatzertruppen beschäftigte deutsche Kraftfahrer traten am Freitag vergangener Woche in einen dreistündigen Warnstreik. Damit protestierten die Kollegen gegen eine geplante Lohnkürzung um 12 Prozent bei den unteren Lohngruppen der 25000 Zivilbeschäftigten der alliierten NATO-Besatzungsstreitkräfte.

Nach Angaben der ÖTV erhält beispielsweise ein verheirateter Omnibusfahrer bei den Frankfurter Verkehrsbetrieben in der Lohngruppe V nach zehn Jahren einen Bruttoverdienst von 2100 Mark. Demgegenüber verdient ein Schulbusfahrer bei der US-Armee mit gleicher Betriebszugehörigkeit nur 1936 Mark. Dieser niedrige Lohn soll jetzt auch noch um 193 Mark gekürzt werden.

Eine Putzfrau, die bei der Bundeswehr in der Lohngruppe VIII nach zehn Jahren monatlich 1760 Mark bekommt, muß sich dagegen in einer Stuttgarter US-Kaserne mit 1442 Mark begnügen. Und davon sollen mit der geplanten Lohnkürzung, die ausgerechnet hauptsächlich bei den unteren Lohngruppen, aber auch bei einem Teil der Facharbeiter, vorgenommen wird, auch noch 133 Mark weggestrichen werden.

Außerdem will man die extreme Aufsplitterung der tariflichen Lohngruppen auch noch radikal verschärfen. Schon jetzt gibt es 22 verschiedene Löhne. Nach den Plänen der Besatzergenerale soll es künftig sogar 650 verschiedene Löhne geben. Bei vergleichbaren Tarifverträgen im öffentlichen Dienst beträgt die Zahl der Lohngruppen hingegen nur neun.

Die ÖTV berichtet ferner, daß in Gießen ein Gewerkschaftssekretär der ÖTV in einem US-Depot von Militärpolizei abgeführt wurde, nachdem die zivile Geschäftsleitung des Depots diese angefordert hatte. Außerdem sei die Militärpolizei tätlich gegen ein Personalratsmitglied vorgegangen.

Werftarbeiter stellen Lohnforderung auf

250 Mark für alle!

HAMBURG. — Auf einer Abteilungsversammlung der Bordmontage des Werkes Reiherstieg der Hamburger HDW-Werft (Howaldt Werke — Deutsche Werft) haben die Kollegen ihre Lohnforderung für die neue Lohnrunde der IG Metall aufgestellt.

Mehrheitlich sprachen sich die Werftarbeiter für eine Festgeldforderung von 250 Mark aus. Rund ein Viertel der versammelten Kollegen vertrat den Standpunkt, daß 300 Mark eigentlich eher angemessen wären.

Für Nordrhein-Westfalen will die große Tarifkommission der IG Metall am 19. Dezember in Mülheim/Ruhr über die Lohnforderung für die verarbeitende Industrie entscheiden. Der Tarifvertrag läuft am 31. Januar 1981 aus.

6,7 Prozent mehr Lohn

Streik der Karosserie- und Fahrzeugbauer zu Ende

HANNOVER. — Nach rund dreieinhalb Wochen beendeten die Arbeiter des Karosserie- und Fahrzeugbauhandwerks in Niedersachsen und Bremen ihren Streik um mehr Lohn. Sie erhalten jetzt eine Tariferhöhung von 6,7 Prozent. Die unterste Lohngruppe wird zusätzlich um ein Prozent angehoben.

Dieser Abschluß entspricht nicht den Erwartungen und auch nicht der Kampfbereitschaft der Kollegen. Die Forderung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hatte 10,5 Prozent betragen. Der Tarifvertrag tritt rückwirkend ab 1. Oktober in Kraft. Er betrifft rund 20000 Beschäftigte in Niedersachsen und Bremen. Nach Angaben der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wurde außerdem vertraglich vereinbart, daß keine Maßregelungen wegen der Teilnahme am Streik ausgesprochen werden dürfen.

Warnstreiks der Metaller in Niedersachsen

Seit sechs Jahren Verhandlungen um Manteltarifvertrag

HANNOVER. — Am Montag vergangener Woche legten die Arbeiter in zwanzig niedersächsischen Metallbetrieben die Arbeit nieder. Sie protestierten damit gegen die unverfrorene Haltung der Unternehmer, die seit sechs Jahren die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag verzögern.

Hunderte von Kollegen zogen vor das Parkhochhaus am Messegelände in Hannover, wo die Delegationen der IG Metall und des Unternehmerverbandes verhandelten. „Sechs Jahre sind genug", war eine Parole der Demonstranten. Die Metallarbeiter drangen in das Gebäude ein und versammelten sich vor dem Verhandlungsraum.

Es geht bei den Verhandlungen unter anderem um Zuschläge für Mehr-, Nacht- und Feiertagsarbeit, um Mindesterholzeiten für Akkordarbeiter und um Regelungen für menschengerechte Arbeitsplätze.

Ferner fordert die IG Metall, daß auch in diesem Tarifbezirk endlich ein 130prozentiger Akkordverdienst vom Tarifgrundlohn abgesichert wird und daß Arbeitstakte von 1,5 Minuten auch in Niedersachsen nicht mehr unterschritten werden dürfen.

Manteltarifvertrag für Redakteure abgeschlossen

Stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche

NÜRNBERG. — Nach dem bundesweiten Warnstreiks der Zeitungsredakteure konnten die Verleger jetzt gezwungen werden, die Einführung der 40-Stunden-Woche auch für Redakteure zuzugestehen. Allerdings erfolgt sie nicht sofort, sondern stufenweise bis 1984.

Der neue Tarifvertrag wurde in der Nacht zum vergangenen Sonntag zwischen der deutschen journalistenunion (dju) in der IG Druck und Papier, dem Deutschen Journalistenverband (DJV) und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) abgeschlossen. Kernstück des Vertrages, der für rund 8300 Redakteure gilt, ist die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche bei wöchentlich fünf Arbeitstagen. Der Vertrag tritt zum 1. Januar 1981 in Kraft und hat eine Laufzeit von vier Jahren.

Er sieht vor, daß im Jahr 1984 die 40-Stunden-Woche für alle Zeitungsredakteure zur Regelarbeitszeit werden soll. Bereits Mitte 1981 soll in den Redaktionen die 5-Tage-Woche eingeführt werden. Die Redakteure erhalten dreimal zwei zusammenhängende freie Tage im Monat, davon mindestens ein freies Wochenende. Mehrarbeit soll vorrangig nicht finanziell, sondern durch Gewährung von Freizeit abgegolten werden.

Weitere Verbesserungen in dem neuen Vertrag: Ab 1981 sollen die Redakteure sechs Wochen Urlaub erhalten. Der Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit wird auf 150 Mark angehoben. Zum Urlaubsgeld 1980 wird rückwirkend je nach Gehaltsstufe ein Nachschlag zwischen 150 und 350 Mark bezahlt. Ab 1981 soll das Urlaubsgeld 60 Prozent und ab 1984 soll es 70 Prozent des Effektivgehaltes betragen.

Dezember 1980:

Solidaritätsmonat für die politisch Verfolgten

Unterstützt die Rote Hilfe Deutschlands!

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ist die einzige bundesweit organisierte überparteiliche Hilfsorganisation für politisch Verfolgte in der Bundesrepublik. In den vergangenen fast sechs Jahren ihres Bestehens hat sie zur Unterstützung verfolgter Demokraten, Antifaschisten, Gewerkschafter und Kommunisten über eine halbe Million Mark ausbezahlt. Diese riesige Hilfeleistung, deren Bedeutung man besser ermessen kann, wenn man sich Einzelschicksale vor Augen führt — etwa den Arbeiter, der als Demonstrant gegen die Neo-Nazis plötzlich zum ersten Mal in seinem Leben vor Gericht steht, dem 10000 Mark Geldstrafe und Gefängnis drohen — wurde erreicht trotz größtmöglicher Behinderungen ihrer Arbeit durch staatliche Organe, die die Hilfeleistung der RHD selbst zu kriminalisieren versuchten.

Aus Anlaß des traditionellen „Solidaritätsmonats für die politisch Verfolgten" im Dezember führten wir ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der RHD, Jürgen Janz.

Roter Morgen: Beginnen wir mit dem konkreten Anliegen der RHD: dem Solidaritätsmonat für die politisch Verfolgten. Welche Bedeutung hat er in eurer Arbeit?

J. Janz: Der Dezember ist ein Höhepunkt unserer Arbeit in jedem Jahr, er wird in allen Ortsgruppen nach Kräften für eine breite Kampagne genutzt, die das Ziel hat, den Spendentopf der RHD aufzufüllen. Jede Ortsgruppe macht sich ihre Überlegungen, wo man dazu wirkungsvoll auftreten kann: mit Ständen in Einkaufszentren, mit der Beteiligung an Flohmärkten, mit Basaren usw. Wir bemühen uns, den Menschen konkrete Beispiele nahezubringen, die den Nutzen einer Spende für die RHD deutlich machen: der und der braucht Hilfe, das und das hat sich ereignet …

80000 Mark haben wir in den letzten zwölf Monaten an Unterstützung ausbezahlt! An Antifaschisten, verfolgte Strauß-Gegner, Opfer von Polizeiübergriffen. **Und in diesem Jahr hat der Solidaritätsmonat noch eine ganz besondere Bedeutung: Denn die Kassen der RHD sind zum ersten Mal leer!** Wir mußten in letzter Zeit ständig mehr Geld auszahlen, als wir einnehmen konnten.

Diese Tatsache macht andererseits doch auch deutlich, wie wichtig ein Geldpolster für uns ist. Nur damit kann man — und konnten wir — Unterstützung auch in solchen Fällen leisten, die schon lange zurückliegen, wo man niemand mehr mobilisieren kann. Manchmal werden Urteile erst Jahre nach ihrer Verkündung rechtskräftig.

Ebenso verdeutlicht das die Notwendigkeit einer einheitlichen, bundesweit organisierten Solidaritätsorganisation. Zu einem konkreten Fall kriegt man immer ein Komitee oder ähnliches auf die Beine. Aber auch da sind die Möglichkeiten in verschiedenen Orten unterschiedlich. Das können wir aus dem zentralen Spendentopf ausgleichen.

Roter Morgen: Konkrete Beispiele der Solidarität …

J. Janz: …kann ich dir kurz die wichtigsten nennen. In erster Linie mußte Menschen geholfen werden, die wegen ihres Protestes gegen Propagandaveranstaltungen faschistischer Organisationen mit Polizei und Justiz in Konflikt kamen. Über 9000 Mark stellte die RHD hier zur Verfügung. Weiter sind die Verfolgungen gegen Strauß-Gegner zu nennen. Ihr kennt ja die Fälle, wo man sogar wegen Plaketten-Tragen rausgeschmissen wurde. Hauptsächlich ging es immer um Presse-Prozesse, Beleidigung und so. Wir haben auch eine Dokumentation als Hilfe für die Ortsgruppen herausgegeben. Über 7000 Mark stehen im Moment noch an, und die meisten Sachen kommen erst noch. Das wird im nächsten Jahr einen Schwerpunkt ausmachen. Auch juristische Hilfe konnten wir geben, zum Beispiel in Bochum, wo es um die Beschlagnahme des Volksfront-Plakats „zum Thema Polizei" ging. **Besonders herausstellen muß man sicherlich das Verfahren gegen Andreas Müller-Wille.** Ihr kennt ja den Fall. (Andreas wurde verurteilt, weil ein Polizist, der ihn verfolgte, weil er ein Flugblatt zum Tode von Günter Routhier verteilt hatte, bei dieser Verfolgung über einen Blumenkübel stolperte und hinfiel. Obwohl Andreas damit überhaupt nichts zu tun hatte, muß er das „Verfolgungsrisiko" tragen und Schadensersatz, Dienstausfall, Heilbehandlung und ähnliches zahlen! — Red.) 50000 Mark sollte er erst zahlen, jetzt sind es „nur" noch gut 20000 Mark. Davon wurden bisher 9000 Mark zusammengebracht! Die Kampagne für ihn geht übrigens weit über die RHD hinaus. Ein Komitee in Münster hat über 1000 Mark gespendet, und wir erhielten Einzelspenden von Leuten, die wir gar nicht kannten.

Die Verhaftung von Andreas Müller-Wille.

Zu den Aufgaben der RHD gehört auch die Betreuung politischer Gefangener. Hervorzuheben sind hier Dieter Vogelmann und Paul Pittam.

Bei Paul Pittam war die Besonderheit, daß er Engländer ist. Verfolgt wurde er, weil er mit anderen Antifaschisten zusammen einen Informationsstand der NPD umgekippt hatte. Das Urteil sprach übrigens der berüchtigte Richter de Somoskeoy in Köln. Dabei wurde ihm verboten, die BRD nochmals zu betreten, er sollte nicht mal seinen Sohn besuchen können, der bei seiner geschiedenen Frau lebt. Als er das nach fünf Jahren doch versuchte, wurde er verhaftet und eingesperrt. Er sollte fünf Monate sitzen und noch ein Verfahren wegen illegaler Einreise kriegen. Dagegen wurden massive Proteste organisiert, das war unsere Sache. Und wir haben erreicht, daß er nach zwei Monaten wieder nach England abgeschoben wurde. Jetzt kämpfen wir dafür, daß er das Recht bekommt, seinen Sohn zu besuchen.

Wir haben weiter geholfen bei Berufsverbotsfällen, haben Prozeßunterstützung gegeben bei einem Berufsverbotsfall in Bochum. An die Internationale Konferenz in Hamburg haben wir ein Solidaritätsschreiben gerichtet. Auch hier haben wir uns bemüht, mit allen betroffenen Kräften ins Gespräch zu kommen. Dabei muß man sagen, daß von Seiten der DKP leider keinerlei Reaktion erfolgte.

Besonders wichtig ist unsere Hilfe für Arbeiter und Angestellte, die aus politischen Gründen rausfliegen. Wir helfen ihnen zum Beispiel bei Kündigungsschutzprozessen, so den Kollegen Böhmer und Siemon bei Hoesch. Und auch finanziell. Wir können ihnen natürlich keine Lebensrente zahlen, aber eine Art Entlassungsgeld, damit sie mit ihrem Prozeß nicht plötzlich vor dem finanziellen Nichts stehen, liegt schon drin.

Roter Morgen: Das sind sehr eindrucksvolle Beispiele, und es gibt ja noch viel mehr. Kannst du nochmal sagen, wie die RHD so vorgeht, um die Unterstützung anzukurbeln, um die Leute, die verfolgt werden, anzusprechen …

J. Janz: Wichtig ist, daß man zu den Leuten hingeht, und zwar schon, wenn sich etwas anbahnt, nicht erst nach der Verurteilung. Wenn zum Beispiel ein Prozeß anliegt, dann bereiten wir den mit dem Betreffenden vor. Wir haben die Erfahrung, die ihm fehlt. Es gibt auch eine Rechtshilfebroschüre der RHD, die zur Zeit gerade überarbeitet wird und bald wieder rauskommt. Na ja, diese gemeinsame Vorbereitung schafft dann auch das Vertrauen, und es gelingt uns so auch, oft diese Menschen, die sich vom praktischen Nutzen der Solidarität überzeugt haben, in die RHD einzureihen.

Manche Ortsgruppe konnte sich zu einer wichtigen Kraft in ihrer Stadt entwickeln und hat durch ihre Arbeit bewiesen, daß unsere Hilfe wirklich unabhängig von eventueller Organisationszugehörigkeit der Betroffenen erfolgt.

Roter Morgen: Wieviele Ortsgruppen hat die RHD eigentlich?

J. Janz: Im Moment etwa 45 bis 50. Die Aktivitäten sind natürlich sehr unterschiedlich, manche führen halt einfach ihren Beitrag ab. Aber es geht aufwärts. Man kann sagen, wir haben unseren Weg gefunden. Das bewies die III. Zentrale Delegiertenkonferenz, wo wir unsere Aufgaben festlegten, und was da gesagt wurde, das gilt heute noch und hat sich bewährt. Wir konnten in letzter Zeit drei neue Ortsgruppen aufbauen. Ich bin sicher, daß auch die Dezember-Aktionen einen weiteren Aufschwung bringen werden.

Roter Morgen: Du selber hast auch noch Schwierigkeiten mit der Justiz …

J. Janz: …ja, ich bin ja vor Jahren vom Schuldienst suspendiert worden. Das Verfahren ist noch nicht ganz zuende. Interessant ist, daß die Behörden auch noch versuchen, meine Tätigkeit für die RHD erschwerend gegen mich ins Feld zu führen. Die dachten wohl erst, sie hätten eine große Entdeckung gemacht, dabei ist das doch nun wirklich kein Geheimnis. Und dagegen gehe ich auch ganz offensiv vor, schließlich ist die RHD eine demokratische Organisation und wegen der Mitgliedschaft können sie niemandem am Zeug flicken.

Unser Ziel ist es, Antifaschisten, Gewerkschaftern, Friedenskämpfern zu helfen, die hier Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Das halten wir für eine gerechte Sache. **Das ist nicht nur unser Interesse, sondern die Arbeit der RHD liegt im Interesse der gesamten demokratischen Öffentlichkeit.**

Roter Morgen: Trotzdem wurde euch doch die Gemeinnützigkeit nicht zuerkannt!

J. Janz: Richtig, und das ist eine große Ungerechtigkeit, weil gleichzeitig Organisationen wie die HIAG, die Gemeinschaft alter SS-Männer, ohne weiteres als gemeinnützig anerkannt wurde. Rechtsmittel können wir aber erst einlegen, wenn wir das erste Mal steuerlich veranlagt werden sollen.

Roter Morgen: Jürgen, ich danke dir für das Gespräch. Ich versichere dir für die Arbeit der RHD die volle Solidarität der Redaktion „Roter Morgen" und verbinde das mit dem dringenden Aufruf an alle unsere Leser, die Arbeit der RHD zu unterstützen, Mitglied der RHD zu werden. **Für uns als Mitglieder der kommunistischen Partei ist die Mitgliedschaft in der RHD eine Selbstverständlichkeit, denn es ist die Pflicht der Kommunisten, bei der Organisierung der proletarischen Klassensolidarität mit aller Kraft zu helfen.**

Wir bitten die Leser des „Roten Morgen", zum Erfolg der Dezember-Aktionen der RHD beizutragen, damit sich der Spendentopf wieder füllt. Denkt auch beim Empfang eures Weihnachtsgeldes an die Rote Hilfe!

Veröffentlichungen der RHD



Warum die RHD nötig ist, welches ihre Aufgaben sind und wie man mitmachen und sie unterstützen kann. Kostenlos.

Aus dem Jahresbericht 1980 der RHD. Kurzgefaßte Darstellung der Schwerpunkte der Rote -Hilfe-Arbeit im Jahr 1980. Kostenlos.



Wie packen wir die Arbeit an? Die Zusammenfassung der Erfahrungen aus fünfjähriger Arbeit der RHD. Für Ortsvorstände und Kassierer unentbehrlich. Kostenlos.

Leitsätze und Satzung

Ebenfalls kostenlos — Der organisierte Aufbau der RHD und die politischen Grundsätze ihrer Arbeit.

Unsere Arbeit…

Unsere Arbeit kostet Geld. Geld, das wir in Form von Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhalten. Und Zeit, die von Mitgliedern und Freunden der Roten Hilfe aufgebracht wird. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe! **So können Sie helfen:** • Durch den Mitgliedsbeitrag von monatlich 2 Mark (auch halbjährlich oder jährliche zahlbar). • Darüber hinaus durch aktive Mitarbeit in einer Ortsgruppe • bei der Betreuung politisch Verfolgter • beim Beschaffen von Geldmitteln für die Unterstützungsarbeit der RHD • durch eine Spende auf das Konto der RHD, 191100-462 PSchA Dortmund

O Ich will Informationsmaterial

O Ich will Mitglied werden

Name: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

Ausschneiden und an die nebenstehende Adresse schicken.

Die ROTE HILFE
Herausgegeben vom Zentralen Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands e.V. Verantwortliche Redakteurin: E. Hemmer. Eigendruck im Selbstverlag. Für Mitglieder kostenlos, sonst gegen Erstattung der Portokosten.

ROTE HILFE DEUTSCHLANDS e.V.
Zentralvorstand: Rote Hilfe Deutschlands e.V., Postfach 215, 4600 Dortmund 1. Telefon: 0234 / 86 44 27 (J. Janz). Konto: 191100-462 PSchA Dortmund.

BKA-Jahrestagung:

„Ein Überwiegen der Freiheit ist nicht vorgezeichnet..."

Herolds Pläne finden Unterstützung

WIESBADEN. — Im letzten „Roten Morgen", berichteten wir über die Pläne des Dr. Herold für den Ausbau der Bundesrepublik zu einem totalen Überwachungsstaat. Die jüngste Jahrestagung des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden bewies, daß Herold mit seinen Überlegungen nicht alleine steht. Es liegen ganz konkrete und zeitlich festgelegte Pläne zur schrittweisen Verwirklichung des von Herold gesteckten Zieles vor.

Die BKA-Funktionäre äußerten ihren Unmut darüber, daß noch nicht alle im Bundesgebiet vorhandenen Kriminalakten im BKA zentral datenmäßig erfaßt sind. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll ein elektronisches Datenverarbeitungs- und Fernübermittlungssystem geschaffen werden, das die Namen aller Personen speichert, die bei uns jemals — aus welchem Anlaß auch immer — mit der Polizei in Berührung gekommen sind oder von ihr gesucht wurden. Unter anderem auch die Daten von Menschen, die zu Unrecht verfolgt und in einem Prozeß freigesprochen wurden. Nach einem Eingeständnis des BKA-Vizepräsidenten Günter Ermisch entspringt das der Vorstellung, daß so ein Mensch in jedem Falle verdächtig sei und daß man davon ausgehe, daß er sich wahrscheinlich der Überführung nur mit allerlei Tricks entziehen konnte. Die BKA-Polizisten brechen damit offen einen Grundsatz bürgerlicher Rechtsauffassung.

Zur Verwirklichung ihrer Ziele üben die BKA-Leute geschlossen Druck auf die Politiker aus. Wird ihren Vorstellungen entsprochen, werden im „Datennetz" bald etwa fünf Millionen Bürger gefangen sein. Und das BKA versteht sich als zentraler Nachrichtenknotenpunkt für anfragende Polizeidienststellen.

Alle Bedenken gegen diese Maßnahmen wischt Hans-Werner Hamacher, Direktor des Landeskriminalamtes NRW, vom Tisch. Unter dem Beifall aller Anwesenden erklärte er auf der BKA-Tagung die Angst vor dem „großen Bruder" als „Überwachungshysterie". Dabei mußte selbst der Datenschutzbeauftragte Bull feststellen: „Unbefugtes Eindringen in Datenverarbeitungssysteme ist heute sogar von außen möglich ..." Seine Einwände sind allerdings eher hilflos. Und daß sich der Staat selbst im Bedarfsfall rücksichtslos der Möglichkeiten des BKA-Computers bedienen wird, steht außer Zweifel.

Als der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Wassermann einige Andeutungen bezüglich der Grundrechte der Menschen machte, wurde er vom BKA massiv angeschossen. Und nicht nur vom BKA. Wolfgang Zeidler, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, wies ihn zurecht: „Ein Überwiegen der Freiheit ist nicht vorgezeichnet." Na also. **Die Freiheit, die uns unsere obersten Richter nicht vorgezeichnet haben, werden wir uns selber erkämpfen müssen!**

Auch Hamburger Senat bestätigt:

VOLKSFRONT nicht verfassungsfeindlich

„Bild" hetzte vergeblich

HAMBURG. — Im November berichtete der „Rote Morgen" über acht Lehrer in Hamburg, die nach jahrelangem Berufsverbotsverfahren endgültig ins Beamtenverhältnis übernommen wurden. Daraufhin hatte die „BILD-Zeitung" eine Verleumdungskampagne entfacht. Bereits eine Woche zuvor zog Springers Hetzblatt gegen zwei Hamburger Lehrerinnen, Angela Stöwsand und Eva-Maria Winkelmann, zu Felde, weil diese für die VOLKSFRONT zur Bundestagswahl kandidierten. Die CDU nahm dies zum Anlaß, eine Kleine Anfrage an den Hamburger Senat zu stellen.

Mit BILD

BILD · Hamburg, 1. Oktober 1980

2 Lehrerinnen als Volksfront-Kandidaten

Dazu gaben die Betroffenen eine Presseerklärung ab, in der es heißt: „... Der CDU-Abgeordnete Kelber hat in einer Kleinen Anfrage an den Senat über uns ... und die Organisation VOLKSFRONT, für die wir zur Bundestagswahl kandidiert haben, unwahre und diffamierende Behauptungen verbreitet. Unwahr ist die Behauptung, ‚die VOLKSFRONT gilt als eine linksextreme Organisation mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung, in ihr sind im wesentlichen KPD-ML-Aktivisten mitarbeiten.'

Wahr ist:

Die VOLKSFRONT verfolgt keine verfassungsfeindlichen Ziele. Sie steht auf dem Boden des Grundgesetzes und setzt sich für den Schutz und gegen den Abbau demokratischer Rechte ein. Nach ihrer Satzung ist die VOLKSFRONT ein überparteilicher Zusammenschluß von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Parteizugehörigkeit. Daraus folgt, daß wir ... in keiner Organisation mitarbeiten, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Falls von Herrn Kelber oder Mitgliedern der CDU-Bürgerschaftsfraktion wider besseres Wissen die oben genannten und durch nichts beweisbaren Behauptungen weiter verbreitet werden, werden wir gerichtlich dagegen vorgehen. (...) Wir sehen der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage gelassen entgegen."

Diese Antwort liegt mittlerweile vor. Der Senat konnte nicht anders als bestätigen, daß es sich bei der VOLKSFRONT um eine nicht verfassungsfeindliche Organisation handelt.

Maulkorb für Schülerzeitungen

Gericht und Polizei schützen Neonazis

GÖPPINGEN. — „Üble Nachrede" gegenüber einem Neonazi warf das Amtsgericht Göppingen fünf Schülerzeitungsredakteuren bzw. Artikelschreibern vor. Deswegen und wegen Vergehens gegen das baden-württembergische Pressegesetz verurteilte es sie zu Strafen zwischen 15 und 30 Stunden „gemeinnütziger Arbeit" und in zwei Fällen zu Geldstrafen von 500 und 900 Mark.

Unter namentlicher Nennung eines der Faschisten hatten die Schülerzeitungen „Zündschnur" (Wirtschaftsgymnasium Göppingen) und „Der Hammer" (Gymnasium Esslingen) über Umtriebe der Neonazis im Kreis Göppingen berichtet. Das Urteil stützte sich auf drei nicht beweisbare Behauptungen, denen allerdings eine Vielzahl von Beweisen gegenüberstand. Die Staatsanwaltschaft behauptete auch noch „öffentliches Interesse" an der Beleidigungsklage des betroffenen Faschisten. Keine Rücksicht nahm das Gericht auf die von ihm selbst gezwungenermaßen getroffene Feststellung, dieser sei „vielleicht als Rechtsradikaler einzustufen und neige möglicherweise zu Gewalttaten".

Der Göppinger Kripo-Chef behauptete: „Es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß es im Kreis Göppingen eine Nazi-Bande gibt." Dem halten die Antifaschisten eine eindrucksvolle Aufstellung von Vorfällen entgegen, die selbst noch als unvollständig bezeichnen (...):

- 14.5.79 NPD-Kundgebung in der Göppinger Fußgängerzone mit dem Landesvorsitzenden Polizeimeister Jürgen Schützinger als Redner.
- 1.10.79 HIAG-Treffen in Göppingen-Hohenstaufen unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebotes. Während der antifaschistischen Gegenkundgebung und am Veranstaltungsort der SS'ler provozierten mehrere Neonazis, darunter auch der Kläger
- Im Januar 1980 wurde auf einer Göppinger Großbaustelle eine Stützmauer mit rechtsradikalen Parolen beschmiert: „Freiheit für Lischka", Türken und Kanacken raus", „Tito — Soldatenmörder — verrecke langsam " etc.
- Ebenfalls mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert wurde eine Unterführung der B 10 Richtung Göppingen-Holzheim.
- Auf der B 10 zwischen Süssen und Gingen/F. standen in großen Buchstaben: „Es lebe Hoffmann" — Diese Parole wurde kurz nach Verbot der WSG Hoffmann gesprüht.
- Am 8.3.80 versuchten vier oder fünf Neonazis, teilweise angetrunken, ein „Rock gegen Rechts"-Konzert des Antifa-Komitees zu stören.
- In Göppingen tauchten Aufkleber mit faschistischem Inhalt auf — zum Beispiel „Deutschland ist größer als die BRD", oder auch vereinzelt Aufkleber der Jungen Nationaldemokraten.
- Am 15.2.79 erschien in der „NWZ" ein kleiner Artikel, in dem gemeldet wurde, daß die Scheiben im Geislinger SDAJ-Büro eingeschlagen wurden. Als Täter seien zwei Jugendliche ermittelt worden, die mit stilisierten Hakenkreuzen auf Armbinden in der Gegend herumliefen und sich vom Beispiel der Hamburger Hansa-Bande animiert fühlten.
- In Geislingen wurde ein bekannter Antifaschist 1979 von Neonazis brutal zusammengeschlagen, ein anderer bedroht.
- Am 5.12.76 fand in Göppingen die Gründungsveranstaltung der rechtsradikalen „Naturpolitischen Volkspartei", statt — Verfassungsschutzbericht BA.WÜ. 1976/77.
- Aber auch ausländische Faschisten scheinen sich im Kreis Göppingen und auch in der Stadt Göppingen wohlzufühlen: Der Verfassungsschutzbericht 1977 von Baden-Württemberg meldet unter anderem Göppingen als eine Hochburg der italienischen faschistischen MSI und ihrer „Trikolore-Komitees". Während des Wahlkampfes zum Europa-Parlament wurden von Ihnen Hunderte von MSI-Aufklebern angebracht.

Ebersbach ist ein Zentrum der türkischen Faschisten, der „Grauen Wölfe" und auch der „Islamischen Heilspartei".

- Am 26.9.80 meldete der Lokalteil der „NWZ" (Neue Württembergische Zeitung) groß aufgemacht: „Rohrbomben im Charlottensee". Es wird dann geschildert, daß dort im „Rahmen einer großen Polizeiaktion" drei Bombenrohlinge geborgen wurden, welche von Rechtsradikalen aus dem Kirchheimer Raum dort versenkt wurden. Also dieselben Bomben, mit denen die Anschläge auf die Ausländerheime und das Landesamt Esslingen von den „Deutschen Aktionsgruppen', ausgeführt wurden. Man kann bei klarem Nachdenken leicht auf den Gedanken kommen, daß diese Bomben vielleicht später zu einem Anschlag auf das große Ausländersammellager in Göppingen hätten verwendet werden sollen. — Aber dieser Gedanke ist reine Spekulation.
- Am 21.3.80 fand in Stuttgart-Ost in der Gaststätte „Pflugfelder" eine Veranstaltung der „VOGA — Volksbewegung für Generalamnestie" in Zusammenarbeit mit der DVU und AKON mit dem Titel: „Die Ehre des deutschen Soldaten — Antwort auf die Lügenhetze" mit Oberst a. D. Dahl als Redner statt. Daran nahm auch der Kläger, mit seinem tarnfarbenen VW-Bus, und mehrere andere jugendliche Neonazis teil. Stuttgarter Antifaschisten schilderten das Auftreten der Neonazis als militant und äußerst provokativ."

Von dem Urteil besonders schwer betroffen ist einer der Angeklagten, der bereits wegen „Verwendung eines verbotenen ‚Stoppt-Strauß'-Aufklebers" zu 800 Mark Geldstrafe und zur Zahlung von 2500 Mark Gerichts- und Anwaltkosten verurteilt wurde.

Wer die Antifaschisten finanziell unterstützen möchte, kann Spenden auf das Konto Nr. 1203302500 (Antifa-Komitee Göppingen — Kennwort: „Solidarität") bei der Bank für Gemeinwirtschaft überweisen.



„Document-Center":

NS-Akten geheimgehalten

Bonn verzögert Übernahme

WESTBERLIN. — Im Westberliner „Document-Center" befindet sich ein Archiv mit nahezu 100 Millionen Dokumenten des Nationalsozialismus, darunter die Zentralkartei der NSDAP, die Personalakten von SS und Waffen-SS. Das Dokument-Center wird von den USA verwaltet. Die NS-Akten hätten schon längst von der Bundesrepublik übernommen werden können — aber die Bundesregierung findet immer neue Ausflüchte, um es nicht übernehmen zu müssen!

Für Antifaschisten ist es seit langem klar, daß dieses Sträuben aus dem Wunsch herrührt, sich nicht der Verpflichtung auszusetzen, diese Akten auszuwerten und bis heute in der BRD noch nicht verfolgte, weil nicht öffentlich bekannte, Nazi-Größen unter Anklage stellen zu müssen. Die Weigerung aus Bonn, selbst bekannte Nazi-Verbrecher wie etwa die Mitglieder des berüchtigten Volksgerichtshofes zu verfolgen, erhärtet diese Behauptung. Selbst der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen warf der Regierung vor, sich gegen die Übernahme zu sträuben, weil sie ehemalige Nazis decken wolle. Gegenüber der „Frankfurter Rundschau" betonte er kürzlich, er halte diesen Vorwurf aufrecht, solange die Akten nicht übernommen seien.

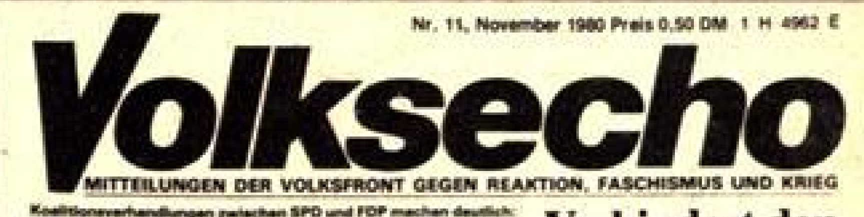
Und das kann noch dauern. Zwar hatte das Auswärtige Amt die Übernahme für 1981 in Aussicht gestellt, aber die Verhandlungen ziehen sich schleppend hin. Auch in Kreisen der US-Botschaft in Bonn werden wiederholt Zweifel laut, ob die Bundesregierung wirklich ernsthaft an den Akten interessiert sei. Offenbar spekuliert Bonn auf eine „natürliche Verjährung" — daß die Nazi-Mörder an Altersschwäche sterben, bevor es zu einem Prozeß kommen kann.

Die Übernahme darf nicht noch einmal aufgeschoben werden! Wir fordern:

- **Sofortige Übernahme und schnellste, vollständige Auswertung der NS-Akten!**
- **Alle NS-Verbrecher müssen auf die Anklagebank!**



Neues „Volksecho" erschienen



ESSEN. — Dieser Tage erschien eine neue Ausgabe des „Volksechos", des monatlichen Mitteilungsblattes der VOLKSFRONT, das man für nur 50 Pfennig beim Zentralen Vorstand oder bei seiner jeweiligen Ortsgruppe kaufen und bestellen kann.

Hierin ist auch der vollständige Text der Presseerklärung der Hamburger Lehrerinnen enthalten.

Das Verbot aller faschistischen Organisationen fordert im Kommentar des Monats Norbert Taufertshöfer, Gründungsmitglied der Organisation. In einer gründlichen Stellungnahme behandelt der Vorstand den Friedensplan der KPD, der an die VOLKSFRONT ebenso geschickt wurde wie an viele andere demokratische Organisationen. „Ein Vorschlag, auf dessen Grundlage wir gemeinsam für den Frieden kämpfen können", lautet sein Urteil.

Wie breit die VOLKSFRONT inzwischen organisiert ist, macht die auf der letzten Seite veröffentlichte Aufstellung der Kontaktmöglichkeiten deutlich. In den elf Landesverbänden gibt es an die hundert verschiedenen Orten Kreisverbände oder Ortsgruppen! Dabei haben die aufgeführten Kreisverbände meist wieder mehrere Ortsgruppen als Untergliederungen.

Wir empfehlen das „Volksecho" allen Lesern des Roten Morgen. Hier die Adresse des Zentralen Vorstandes: Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT, Michaelstraße 18, 1300 Essen 1, Tel.: 0201/28 5661

Höheres Unterhaltsgeld erkämpft

Frauen in der Umschulung

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Über die Situation von Frauen, die eine Umschulung machen, ihre Schwierigkeiten und Kämpfe erhielten wir einen Leserbrief aus Hamburg.

(...) Früher habe ich als angelernte Verkäuferin gearbeitet, jetzt mache ich eine Umschulung beim BfW (Berufsförderungswerk des DGB) auf Maschinenbauerin/Dreherin. Träger der Umschulung sind außerdem die Behörde für Jugendarbeit und Soziales und die Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung. Es ist der erste Modellversuch in Hamburg. Aber für einen Modellversuch ist die Planung zu starr und vorgegeben, das heißt es läßt sich kaum etwas auf „legalem" Weg verändern.

Zuerst waren wir 45 Frauen, aufgeteilt in zwei Klassen.

Schlecht ist: Wir müssen kämpfen für das zu knapp bemessene Geld, wir werden dauernd vertröstet und Vorschüsse würden angeblich die Geldbewilligung behindern. Nach sechs Wochen des Wartens war erst der genaue Geldbetrag bekannt. In der Zwischenzeit war es für viele Frauen unmöglich, all die Wochen ohne Geld auszukommen. Erst versuchten sie allein, die Vorschüsse zu bekommen. Als das nicht klappte, gingen die meisten der 45 Umschülerinnen während der Unterrichtszeit zum Arbeitsamt, um das Geld gemeinsam zu erkämpfen.

Kurz danach wurden die Umschulungsgelder bewilligt. Auf einige Bewilligungsbescheide hin wurde von uns Widerspruch eingelegt, weil es zu wenig war. Dann mußten die Frauen zum Sozialamt. An sich hatten sie keinen Anspruch auf Sozialhilfe, da sie Umschulungsgeld bekamen. Weil das aber nicht reichte, bekamen sie „Hilfe für besondere Lebenslagen". Dieses Geld muß zurückgezahlt werden. Teilweise kamen Überzahlungen zustande, da das reguläre Umschulungsgeld erst so spät kam und nur im voraus geschätzt werden konnte. Die zuviel gezahlte „Hilfe..." wurde sogleich vom bewilligten Umschulungsgeld abgezogen, so daß einige Frauen dann für einen Monat nach Abzug der festen Kosten wie Miete, Kindergarten, Versicherungen, U-Bahn usw. nur noch 19 Mark zum Leben hatten.

Das Unterhaltsgeld betrug durchschnittlich 680 Mark. Die Umschülerinnen haben im Durchschnitt zwei Kinder. Das Umschulungsgeld war deshalb so niedrig, weil die Frauen entweder aus Leichtlohngruppen kamen oder geschiedene Hausfrauen ohne Beruf sind. Das Umschulungsgeld richtet sich ja nach den zuletzt gezahlten Bruttolöhnen.

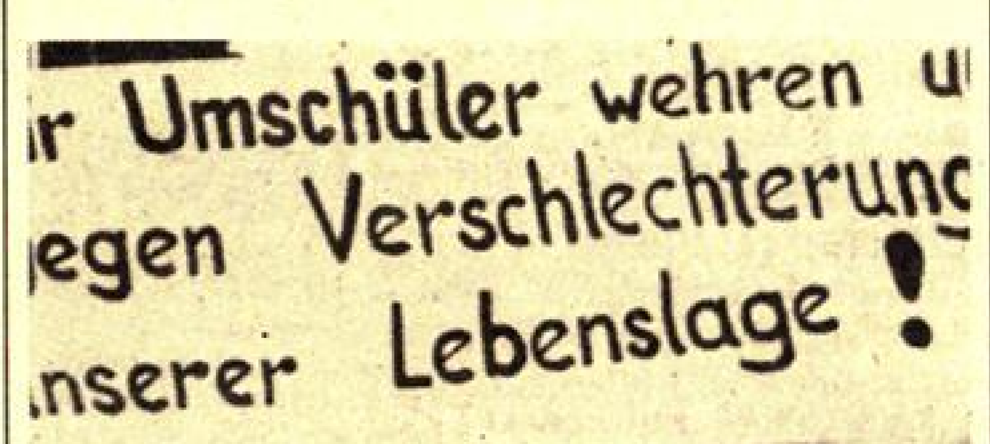
Auf die Widersprüche der Bewilligungsbescheide wurde monatlich eine Erhöhung von 20 bis 40 Mark gewährt. Das war immer noch zuwenig, deshalb traten wir an die Öffentlichkeit. Am Gerhard-Hauptmann-Platz in der Hamburger Innenstadt verteilten wir Flugblätter und sammelten Unterschriften. am 1. Mai 1980 traten wir auf der DGB-Demonstration im Blaumann mit Plakaten auf wie: „Erst wurde uns viel versprochen — nun ist Niemann(d) zuständig" (Niemann ist der Leiter des BfW). Dann waren einige von uns auf dem Pfingstjugendtreffen des DGB im Stadtpark, wo wir Flugblätter verteilten, die auf unsere Situation aufmerksam machen sollten.

Vor der Umschulung gab es eine „Motivationsphase" von sechs Wochen, die auch bezahlt werden sollte. In dieser Zeit sollten uns die verschiedenen gewerblichen technischen Berufe nähergebracht werden, wir sollten ein wenig von den Tätigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen Berufe (Maschinenbauer, Dreher, Tischler, Werkzeugmacher usw.) kennenlernen. Nach sechs Wochen sollten wir uns entweder für Maschinenbauer oder Dreher entscheiden oder bei anderen Berufen in andere Umschulungskurse kommen.

Da die Bewilligungsbescheide der Umschulungslehrer nicht kamen und die Informationsangebote der einzelnen Berufe zu dürftig waren, weigerten wir uns, uns am Stichtag (28.5.80) schon zu entscheiden. Falls man nach der sogenannten „Motivationsphase" abgesprungen wäre, hätte man das Umschulungsgeld sowie anteilig Lehr- und Personalkosten zurückzahlen müssen.

Die Entscheidungsfrist wurde bis zum 30.9.80 verlängert. Dann wurden unsere Lehrer gefeuert, angeblich wegen „mangelnder Zusammenarbeit mit dem BfW". Wieder verteilten wir Flugblätter auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz. Dort fand auch ein Interview mit der „Hamburger Morgenpost" statt. Danach weckten wir zum ersten Mal das Interesse der Behörden.

Vorläufiges Ergebnis: Die Berechnungsgrundlage des Umschulungsgeldes für uns soll geändert werden. Das wurde vom Senat beschlossen, muß allerdings noch von der Bürgerschaft abgesegnet werden. Nicht 80 Prozent des *letzten* Lohnes, sondern *80 Prozent des zu erwartenden Tariflohnes* bei Zugrundelegung der Steuerklasse I soll die Grundlage der Auszahlung des Umschulungsgeldes sein! Einzelfälle werden extra entschieden.





Umschüler kämpfen für ihre Rechte. Hier eine Demonstration in Essen.

Diese Entscheidung bedeutet eine tatsächliche Aufstockung für alle (egal wieviele Kinder man hat) auf 1150 Mark netto und gilt für alle weiblichen technisch/gewerblichen Umschülerinnen in Hamburg. **Dies war erstmal ein Erfolg.**

Nachdem das Geldproblem erstmal gelöst war, wurden uns die anderen Probleme bewußter und wir faßten Mut, auch diese anzugehen. Deshalb veranstalteten wir jetzt ein Seminar.

Jetzt sind von den 45 Frauen schon 20 abgesprungen. Deswegen meinen wir, daß — um die anderen davon abzuhalten — wir unsere grundsätzliche Situation klären sollten, wie wir mit unseren Belastungen (Umschulung, Kinder, Haushalt usw.) fertig werden.

Ursprünglich wurde dieses Modell geschaffen für Frauen ohne Ausbildung und ohne berufliche Zukunft. Gerade diese Frauen, die meistens auch noch mehrere Kinder haben, waren von den Schwierigkeiten bei der Geldbewilligung, den nicht eingehaltenen Versprechungen so zermürbt, daß sie abgesprungen sind. Wenn das noch mehr tun, ist es kein Modellversuch mehr, sondern eine ganz normale Umschulung. Von meiner Klasse (14 Umschülerinnen) spielen die meisten mit dem Gedanken, aufzuhören, wenn nicht alles klappt, was wir fordern. **Was noch kommt, wissen wir nicht, nur daß wir die Umschulungsbedingungen unseren grundlegenden Ansprüchen anpassen müssen und nicht umgekehrt.**

Breite Solidarität gegen politische Entlassung

Korrespondenz aus Ludwigshafen

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über die Entlassung von Georg Herrmann, der als Kommunist nicht im Tiefbau als Chemielaborant arbeiten darf. Über den neuesten Stand des Kampfes dagegen schrieb er uns am 13.11.:

Am letzten Samstag, den 8.11., konnten wir in der Ludwigshafener Fußgängerzone 37 Unterschriften gegen das Berufsverbot sammeln. Die Leute konnten zum Teil nicht glauben, daß man aus solchen Gründen entlassen werden kann.

Eine Schülerin eines Gymnasiums in Ludwigshafen informierte ihren Sozialkundelehrer über das Berufsverbot, mit dem Ergebnis, daß die Schulklasse zu meinem Arbeitsgerichtstermin kommt. Weiterhin solidarisierten sich bis jetzt noch der Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der Schriftsteller Ossip K. Flechtheim, der Schriftsteller Gerd Sowka und der Journalist Jürgen Roth. Von Prof. Rainer Roth erhielt ich eine Unterschriftenliste mit über 30 Unterschriften zurück.

Der SPD-Vorsitzende von Roxheim (mein früherer Wohnort) solidarisierte sich ebenfalls mit mir. Er sicherte mir zu, alles zu unternehmen, um diesen Skandal aus der Welt zu schaffen. Es zeigt sich, daß sich gerade bei vielen einfachen Mitgliedern der SPD die Widersprüche zu ihrer eigenen Partei verschärfen, wenn sie hören, daß das Berufsverbot vom SPD-Oberbürgermeister Ludwig ausgesprochen wurde. Im Kampf gegen Entlassungen und Berufsverbote müssen wir gerade in diese Kreise von ehrlichen und einfachen Mitgliedern hineinwirken.

Die Solidarität vieler demokratisch gesinnter Menschen wird es nicht nur in meinem Fall diesem Staat schwer machen, dieses Berufsverbot durchzudrücken, sondern auch allgemein. Wie auch die Beispiele aus Hamburg gezeigt haben, wird die Front gegen Berufsverbote größer.

Eben war eine Redakteurin der „Rheinpfalz" bei mir, sie wollen über den Fall berichten.

Aufruf

Am 20. Dezember: Heraus zur Demonstration gegen die faschistische türkische Junta!

Am 20. Dezember findet in Köln eine zentrale Demonstration zahlreicher Organisationen aus der Türkei gegen die faschistische Diktatur der Evren-Junta statt. Der „Rote Morgen" ruft alle seine Leser auf, sich daran zu beteiligen!

Rekrutenvereidigung

„...die hätten Dich glatt totgetreten!"

Volkskorrespondenz aus Bonn

Zu den Vorfällen bei der Rekrutenvereidigung am vergangenen Mittwoch in Bonn erreichte uns am 16.11. noch ein Bericht eines Teilnehmers.

(...) Bei den massiven Kontrollen wurden sogar Jugendliche kurzzeitig festgenommen, die mit ihren Mopeds gekommen waren und deshalb natürlich auch Helme dabei hatten. Dauernd wurden Leibesvisitationen gemacht...

Unheimlich brutal ging es zu, als um halb sieben zum ersten Mal der Platz geräumt wurde. Zwei Leute wurden dabei schwer verletzt. In einem Umkreis von 500 Metern wurden auch die kleinsten Straßen geräumt. Obwohl die Leute zurückgingen, spritzten die Bullen mit Chemical Mace rum. Wenn du da hingefallen wärst — die hätten dich glatt totgetreten!

Später kam man dann wieder auf den Platz. Wieder reihenweise Leibesvisitationen, eine Kontrolle nach der anderen. Auf dem Platz klebten die Parolen: „Nie wieder Krieg!" und „Raus aus der NATO!". Davon hat man im Fernsehen wohl auch nicht viel gehört (...). Am Rande entwickelte sich eine Art Spielchen: Die Bullen versuchten immer, die Leute von Bäumen und Laternenpfählen runterzuholen. Die sind dann immer wieder rauf...

Was die Anzahl der eingesetzten Bullen angeht, kursierten Gerüchte von 6000 bis 15000. Realistisch gesehen dürften es etwa 9000 gewesen sein. Sie kamen aus ganz NRW, und es wurden sogar Wagen aus Hamburg gesehen. Demonstranten waren etwa 3000 da. Apels Rede war auf dem Platz gar nicht zu verstehen...

Provokationen gab es nach meinen Beobachtungen nur vereinzelt aus den Reihen der Anarchos. Einige Schlägereien gab es zwischen militanten Befürwortern der Vereidigung und Gegendemonstranten auf dem Platz.

Unter den Demonstranten waren viele ganz junge Schüler. Die riefen den Bullen zu: „geht doch in die DDR!". Bei denen ist ihr ganzes Weltbild zusammengefallen, angesichts der Polizeiaktion. Auch die Teilnahme der Alten war eindeutig: „Das haben wir früher schon mal erlebt!"...

Veranstaltungen zum Friedensplan der KPD

In Osnabrück, Haus der Jugend, Raum 13, 1. Stock, Große Gildewart
Freitag, den 5.12.80 um 19 Uhr 30
Es spricht: Der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust

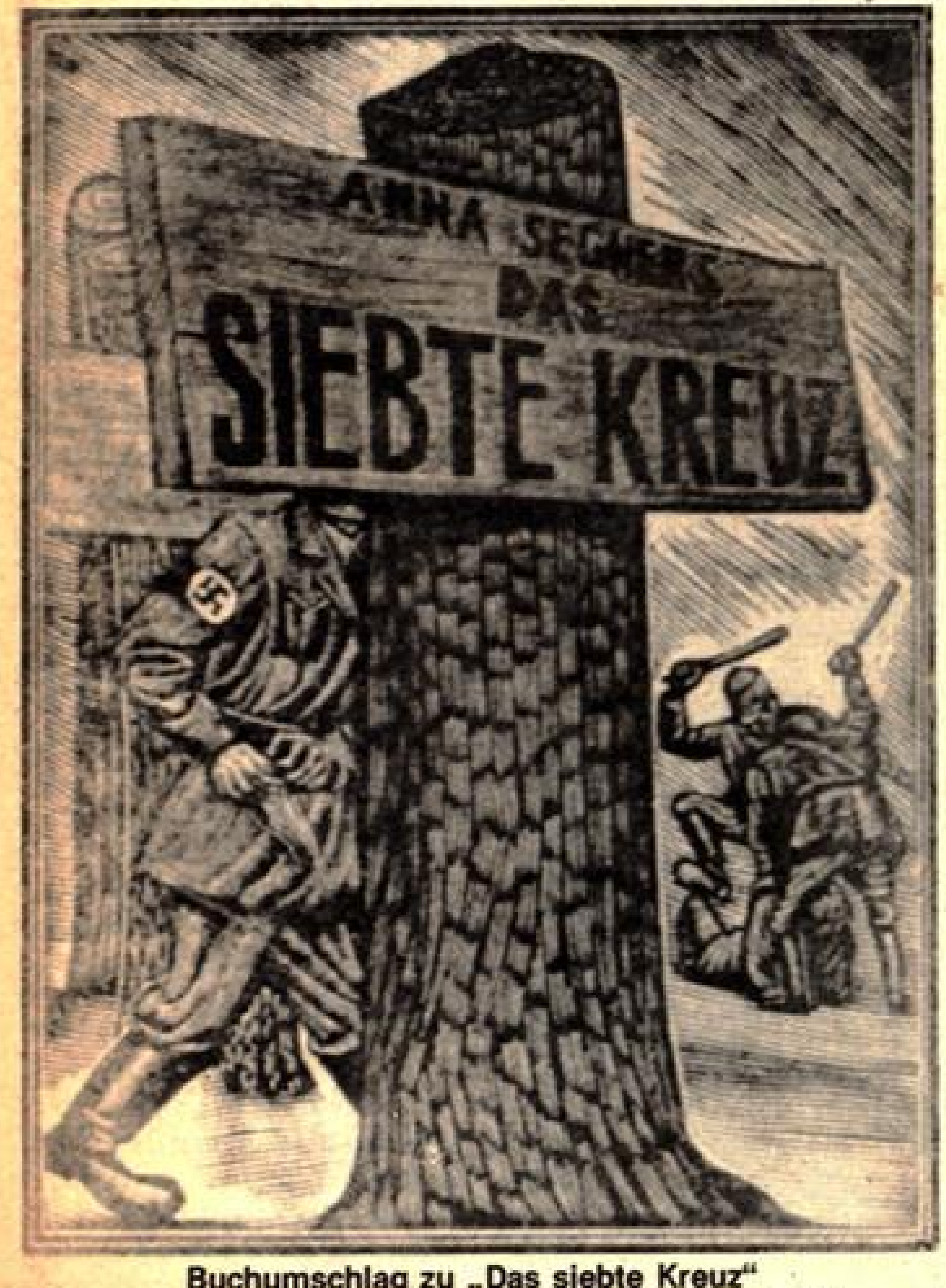
Am 12.12.80 um 20 Uhr, in Duisburg/Duiffern, „Zur Aakerfähre", Aakerfährstr. 98
Es spricht: Der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust
Kulturprogramm: Ratte und Schmeißfliege aus Hamburg.

Zum 80. Geburtstag von Anna Seghers (2. Teil)

Die Wirklichkeit bewußtmachen

Anna Seghers' bekanntestes Werk ist der Roman **„Das siebte Kreuz"**. Sieben Gefangene sind aus dem KZ Westhofen geflohen. Fahrenberg, der Lagerkommandant, läßt sieben Platanen kappen und als Kreuze für die Entflohenen herrichten. Einer nach dem anderen, werden sie von den Nazis wieder eingefangen. Dem siebten aber, dem Kommunisten Georg Heisler, gelingt die Flucht nach Holland. Das siebte Kreuz bleibt leer.

„Diese Flucht", sagte Anna Seghers später über die Fabel des Romans, *„ist das Ereignis, an dem ich die Struktur des Volkes aufrollen kann."* Sie entrollt ein breites Panorama des deutschen Volkes unter dem Faschismus, indem sie Menschen aus allen Schichten zu Georgs Flucht in Beziehung setzt. Wieder geht es der Autorin um die Frage, wie tief die faschistische Ideologie in die Köpfe der Menschen eingedrungen ist. Mehr noch als in den früheren Romanen rückt aber in den Vordergrund ein Anderes: Hinter dem Bild der scheinbar befriedeten



Buchumschlag zu „Das siebte Kreuz"

„Volksgemeinschaft", das die Nazis der Welt vorgaukelten, spürt Anna Seghers all die Kräfte im Volke auf, die dem Faschismus widerstehen.

Georgs Flucht wird zum Sinnbild antifaschistischer Aktion, ihr Gelingen, für die als sichtbares Zeichen das siebte Kreuz steht, zur exemplarischen Niederlage des Faschismus. Die Flucht kann aber nur gelingen durch die solidarische Tat all der Menschen, die Georgs Weg kreuzen. Das sind nicht nur seine Genossen und Verwandten, mit denen er die Verbindung herzustellen versucht. Es sind auch Menschen, mit denen Georg zufällig zusammentrifft und auf deren Hilfe er angewiesen ist. Für sie alle wird die Begegnung mit dem entflohenen KZ-Häftling zur entscheidenden Bewährungsprobe. Manche scheitern in dieser Bewährung; für andere — etwa für Georgs Genossen — ist die Fluchthilfe selbstverständlicher Bestandteil ihres antifaschistischen Kampfes.

Der „eiserne Bestand"

Anna Seghers wendet sich in ihrem Roman vor allem denjenigen zu, die sich in der einen oder anderen Form mit dem Faschismus arrangiert haben. Und hier zeigt sich, daß durch Georgs Flucht, durch die kompromißlos geforderte solidarische Tat, bei diesen Menschen Kräfte und menschliche Qualitäten befreit werden können, die ihnen oft selbst verborgen geblieben waren. Georgs Schwiegervater Mettenheimer etwa, spürt diese Kraft beim Verhör durch die Gestapo: *„In diesem Augenblick wußte Mettenheimer, daß er doch noch etwas bei sich hat, das Letzte für den äußersten Fall, seinen eisernen Bestand."*

Diesen „eisernen Bestand" im Herzen des Volkes kann der Faschismus letztlich nicht erreichen und nicht zerstören; er ist die Garantie für das Gelingen der Flucht Georg Heislers und besiegelt die Niederlage seiner Verfolger. Selbst der Lagerkommandant spürt das. *„Fahrenberg fühlte zum ersten Mal seit der Flucht, daß er nicht hinter einem einzelnen her war, dessen Züge er kannte, sondern hinter einer gesichtslosen, unabschätzbaren Macht. Aber er konnte diesen Gedanken nur minutenlang ertragen."*

Die verborgene Kraft des Volkes kann aber auch in denen sichtbar werden, die der Faschismus fest in seinem Besitz glaubt. So ist der Gärtnerlehrling und Hitler-Junge, Fritz Helwig als einer derjenigen gezeichnet, den die Nazis zu ihrem „Gefährlichen Leben" verführt haben. (*„Er hatte Lust auf gewohnte Gesellschaft, auf Lärm, Kampfspiele und Märsche".*) Die vorbildhafte antifaschistische Erziehung Fritz Helwigs durch den KPD-Sympathisanten Gültscher bewirkt jedoch, daß sich auch in ihm etwas regt, das sich in einer — von ihm selbst noch unverstandenen — Tat niederschlägt. Er verweigert die Identifizierung seiner Lederjacke, die Georg auf der Flucht an sich genommen hatte. Über Fritz heißt es: *„Ihm wurde kühl. In seinem jungen Herzen regte sich etwas, eine Warnung, oder ein Zweifel, etwas, von dem die einen behaupten, es sei dem Menschen angeboren, und die anderen wieder behaupten, es sei ihm nicht angeboren, sondern entstünde nur nach und nach, und wieder andere behaupten, so etwas gäbe es überhaupt nicht. Aber es regte sich in dem Jungen."*

So zeigt Anna Seghers, die unter der Oberfläche Hitler-Deutschlands verborgenen, antifaschistischen Reserven im Volk. Was sich bei Fritz, bei Mettenheimer oder anderen Gestalten im Bewußtwerden ihres „eisernen Bestandes" äußert, ist bei den revolutionären Arbeitern als bewußte antifaschistische Aktion entfaltet. Die Kommunisten sind es, die Georgs Flucht planmäßig organisieren. Darin spiegelt sich die Rolle der Partei im antifaschistischen Kampf des Volkes wider.



Die Avantgarde

Meisterlich ist die Gestaltung der proletarischen Avantgarde gelungen. Georg Heisler, der Held des Romans, wird in den Rückblenden auf sein früheres Leben keineswegs als Musterbild eines kommunistischen Arbeiters gezeichnet. Er ist unstet in seinem Verhältnis zur Arbeit, wie auch im Verhältnis zu Freunden und Frauen, ein Suchender, der seinen festen Platz innerhalb der revolutionären Bewegung noch nicht gefunden hat. Erst im Konzentrationslager wachsen seine früher ziellos vergeudeten Kräfte zu proletarischem Heldentum heran. Das ist jedoch nicht nur das Resultat der Stählung unter dem äußersten Terror des Klassenfeindes. Eine entscheidende Rolle für Georgs Entwicklung spielt der Parteifunktionär Wallau.

„Wallau war zwei Monate nach ihm eingeliefert worden. ‚Du bist also Georg'. In diesen vier Worten, mit denen der ältere Mann ihn begrüßte, hatte Georg zum ersten Mal seinen eignen vollen Wert verspürt... Selbst jetzt dachte Georg, selbst hier in seiner eiskalten Mauer: Wenn ich Wallau in meinem Leben nur in Westhofen treffen könnte, ich würde alles noch einmal auf mich nehmen... Zum ersten-, vielleicht auch zum letztenmal war in sein junges Leben eine Freundschaft gekommen, wo es nicht darum ging, zu prahlen oder sich kleinzumachen, sich festzuklammern oder sich völlig hinzugeben, sondern nur zu zeigen, wer man war und dafür geliebt zu werden."

Wallau ist einer der Lehrerfiguren, die sich in Anna Seghers' Werk immer wieder finden lassen. Er ist Lehrer jedoch nicht nur in dem Sinne, daß er die Erfahrungen des erprobten Parteifunktionärs an den Jüngeren weitergibt und in seiner unbeugsamen Haltung gegenüber den faschistischen Folterern Vorbild ist. Er verfügt auch über die Fähigkeit, wie es der hier zitierte Abschnitt zeigt, Georg zum Bewußtsein seines eigenen Werts, seiner eigenen inneren Kraft zu bringen.

Wallau, ebenfalls aus dem KZ geflohen, durch Verrat gefaßt und ermordet, ist im „Siebten Kreuz" dadurch, daß er seine Stärke und Erfahrung auf Georg übertragen hat, zum Sinnbild für die Unbesiegbarkeit des Proletariats erhöht. Georg wiederum gibt diese Stärke weiter an die Menschen, die zu Helfern seiner Flucht werden und die durch die solidarische Tat sich selbst aus passivem Verharren erlösen.

Anna Seghers ist oft gefragt worden, wie sie — die doch schon im ersten Jahr der faschisfischen Blutherrschaft zur Flucht ins Ausland gezwungen war — den Alltag, das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen in Hitler-Deutschland so genau und so überaus einfühlsam beschreiben konnte. In einem Interview hat sie darauf geantwortet: *„In Frankreich, in der Emigration, schrieb ich über das Rheinland („Das siebte Kreuz"). Ich fuhr von Frankreich aus oft in die Schweiz, auch an den Rhein. Was man mir erzählte, sah ich vor mir, weil ich die Gegend und ihre Bewohner durch und durch kannte."*

Hinter diesen einfachen Worten erscheint die tiefe Verbundenheit der Schriftstellerin Anna Seghers mit ihrem Volk, die auch durch die langen und schweren Jahre des Exils nicht zerrissen werden konnte. „Das siebte Kreuz" ist durchdrungen von der Liebe seiner Autorin zu Deutschland, zu **unserem** Deutschland — eine Liebe, die sich nicht nur in der Gestaltung der Menschen aus dem Volk mit all der ihnen innewohnenden Kraft äußert, sondern auch in der Beschwörung der rheinhessischen Heimat Anna Seghers'. Soviel reine Poesie steckt darinnen, daß Wieland Herzfelde zu Recht sagte: *„Die deutsche Landschaft... leuchtet und duftet in diesem Roman wie vielleicht in keinem anderen deutschen Buch seit den Tagen der Romantik."*

Entscheidung für ein neues Deutschland

Nach dem Überfall der Hitlerschen Wehrmacht auf Frankreich begann für Anna Seghers erneut die Flucht. Sie konnte mit ihrer Familie in letzter Minute nach Mexico entkommen. Die Wege und Hindernisse auf dieser Flucht sind in dem Roman **„Transit"** dargestellt.

Ebenso wie in Frankreich war Anna Seghers auch in ihrem neuen Exilland eine aktive Kämpferin für die antifaschistische Volksfront. 1947 kehrte sie nach Deutschland zurück. Ihren Wohnsitz wählte sich nicht in der Vaterstadt Mainz, sondern in Ostberlin. Eine Entscheidung, wie sie ähnlich nicht nur von sozialistischen Schriftstellern wie Becher und Brecht, sondern auch von bürgerlichen Humanisten wie Arnold Zweig oder Heinrich Mann gefällt wurde (letzterer starb jedoch vor seiner geplanten Rückkehr im amerikanischen Exil). Vor



Anna Seghers

dem Hintergrund der sich abzeichnenden Spaltung Deutschlands durch die Westmächte und der Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitals im westlichen Teil, war das die bewußte Entscheidung für ein anderes, neues Deutschland, das sich im Osten unter dem Schutz der Stalinschen Sowjetunion zu entwickeln begann. Dieses Deutschland, in dem nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Fundamente für den Aufbau des Sozialismus, sondern auch die Grundlagen für die Entwicklung eines neuen Menschen geschaffen wurden, dieses Deutschland brauchte gerade eine Schriftstellerin wie Anna Seghers.

Zwei Jahre nach der Rückkehr erschien ihr großer Gesellschaftsroman **„Die Toten bleiben jung"**, der zum größten Teil schon im mexikanischen Exil geschrieben worden war. Hatte Anna Seghers im „Siebten



Szene aus dem Film „Das siebte Kreuz" von Fred Zinnemann (mit Spencer Tracy als Georg Heisler).

Kreuz" das, unter der Oberfläche Hitler-Deutschlands verborgene, antifaschistische Potential im deutschen Volk dargestellt (und damit **den** Volksfront-Roman geschrieben), so entrollte sie jetzt ein Panorama deutscher Geschichte von den Tagen der Novemberrevolution bis zum Ausgang des zweiten Weltkrieges, wobei sie nahezu alle Klassen und Schichten der Gesellschaft in die Darstellung einbezog und so überzeugend die klassenmäßigen und ideologischen Wurzeln des Faschismus aufdecken konnte.

Boykott

Anna Seghers hatte in dem Kampf um die Zukunft Deutschlands in der unmittelbaren Nachkriegszeit aktiv und eindeutig Stellung bezogen. Bezeichnend ist, wie der Kulturbetrieb im westlichen Teil des Landes auf diese große Schriftstellerin reagierte. Bis in die 60er Jahre hinein wurde ihr Werk hierzulande beharrlich boykottiert. 1962 wurde den westdeutschen Lesern überhaupt zum ersten Mal ein Buch von Anna Seghers vorgelegt. Es war „Das siebte Kreuz" — 20 Jahre, nachdem dieser Roman in den USA mit einer Auflage von 600000 Exemplaren erstveröffentlicht worden war und seinen Siegeszug um die Welt als Zeugnis des antifaschistischen Kampfes angetreten hatte.

Die Herausgabe des „Siebten Kreuzes" im Luchterhand-Verlag löste eine neue Welle der Boykott-Hetze aus, an deren Spitze — wie könnte es anders ein — der Springer-Konzern stand. Es wurde kategorisch gefordert, jede weitere Veröffentlichung des Segherschen Werks zu unterlassen. (Nicht nur von der äußersten Reaktion wurde und wird eine solche Politik betrieben. Noch vor fünf Jahren lehnte es etwa der SPD-Unterbezirk Mainz ab, eine Initiative des Kulturdezernenten der Stadt zu unterstützen, der „vielleicht berühmetsten Mainzerin" die Ehrenbürgerschaft zu verleihen.) In die damalige Boykott-Diskussion griff in bemerkenswerte Weise der „Literaturpapst" Reich-Ranitzki ein — seinerzeit Chef des Feuilletons der „Zeit". Er verwarf mit vielen Worten die primitive Methode des Boykotts — die ja gar zu sehr an die Praktiken der Nazis erinnert — als unangemessen und stellte dagegen, das „Siebte Kreuz" sei „heute als ein Roman gegen die Diktatur schlechthin" zu betrachten.

Mit dieser infamen Methode versucht seitdem die bürgerliche Kritik aus ihrem Dilemma gegenüber dem Segherschen Werk herauszukommen. Einerseits

Fortsetzung auf Seite 10

Die Wirklichkeit bewußtmachen

Fortsetzung von Seite 9

kann sie dieses Werk nicht einfach leugnen, ohne sich selbst lächerlich zu machen. Andererseits kann sie in ihrer klassenmäßigen Borniertheit aber auch nicht dessen sozialistischen Inhalt anerkennen. Denn das würde ja die Aufgabe jenes ehernen Dogmas dieser Literaturkritik bedeuten, nach dem sozialistischer Realismus und künstlerische Meisterschaft unvereinbar wären. Und so versuchte denn besagter Reich-Ranitzki mit bodenloser Unverschämtheit, das „Siebte Kreuz“ seines inneren Gehalts zu berauben und zum Roman gegen die „Diktatur schlechthin“ umzufunktionieren (wobei mit dem „schlechthin“ natürlich der Kommunismus gemeint ist). In abgewandelter, nicht ganz so dreister Form fand sich dieses Schema in der vorletzten Woche auch in einem längeren „Stern“-Aufsatz. Dort wurde Anna Seghers als die einzige Erscheinung von weltliterarischer Bedeutung innerhalb der gegenwärtigen deutschen Literatur gewürdigt — was zweifellos auf einer richtigen Einschätzung beruht. Der Autor des Beitrags versuchte aber zugleich, ihrem Werk religiöse Beweggründe zu unterschieben und es überhaupt in einen unverbindlichen „allgemeinmenschlichen“ Rahmen zu stellen. Das gesamte Spätwerk der Autorin, das sie nach der Befreiung Deutschlands geschaffen hat, ist im „Stern“ allerdings (abgesehen von der Erzählung „Überfahrt“) verschwiegen worden.



Anna Seghers mit Thomas Mann (1955 in Weimar).

Die Entscheidung

Nicht ohne Grund. Denn angesichts dieses Spätwerks muß die von der westdeutschen Literaturkritik betriebene willkürliche Aufspaltung der Anna Seghers in eine bedeutende Dichterin und eine politisch suspekte Person notwendig scheitern. Das gilt besonders für ihre großen Romane **„Die Entscheidung“** (erschienen 1959) und **„Das Vertrauen“** (1968). Sie knüpfen chronologisch und thematisch an „Die Toten bleiben jung“ an; sogar einige Figuren aus dem älteren Roman werden übernommen. Das sind vor allem Gestalten aus den Kreisen des Monopolkapitals, die wir früher als Förderer des Hitler-Faschismus kennengelernt hatten und die nun als „Partner“ der Amerikaner ihre alten gesellschaftlichen Funktionen wieder einnehmen. Schon in der Figurenwahl zeigt sich die Absicht der Autorin, die ungebrochene Kontinuität der alten Verhältnisse im westlichen Teil Deutschlands sichtbar zu machen.

„Die Entscheidung“ und „Das Vertrauen“ decken einen Zeitraum ab, der von der Befreiung bis ins Jahr 1953 reicht. Über ihre Absichten mit diesen Romanen sagte Anna Seghers: *„Mir war die Hauptsache zu zeigen, wie in unserer Zeit der Bruch, der die Welt in zwei Lager spaltet, auf alle, selbst die privatesten, selbst die intimsten Teile unseres Lebens einwirkt.“* Wieder geht es also nicht nur um eine grobe Beschreibung geschichtlicher Prozesse, sondern darum, deren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Menschen, auch auf das „Innerste“ dieser Menschen zu untersuchen. Die Seghers entfaltet einen breit gefächerten Handlungsrahmen, der verschiedene Schauplätze in beiden Teilen Deutschlands, aber auch in Frankreich, den USA und Mexiko in das Geschehen einbezieht. Im Mittelpunkt steht dabei der Kampf um Aufbau und Verteidigung des Stahlwerks Kossin in der SBZ/DDR. In der „Entscheidung“ wird ein konfliktreicher Spannungsbogen zwischen den Ereignissen um dieses Werk und den Geschehnissen um das Bentheim-Werk in Westdeutschland geschlagen.

Der Kapitalist Bentheim ist der frühere und von der Volksmacht enteignete Besitzer der Kossiner Betriebe. Sein Handeln ist — nicht nur individuell, sondern im Rahmen der Ziele seiner Klasse und deren amerikanischen Beschützern — von dem Verlangen bestimmt, das in die Hände des Volkes übergegangene Eigentum wieder an sich zu reißen, ein Bestreben, das seinen Höhepunkt dann im konterrevolutionären Putschversuch vom Juni 1953 findet, dessen Auswirkungen auf Kossin im Roman „Das Vertrauen“ beschrieben werden.

Angesichts der Zuspitzung des Klassenkampfes sind die Menschen in Kossin vor die Entscheidung gestellt: ob sie sich für die Verwirklichung neuer sozialistischer Verhältnisse einsetzen oder ob sie sich in irgendeiner Form vom Alten, das noch in ihren Köpfen ist, hinunterziehen lassen, etwa, indem sie den Verlockungen des Westens erliegen. Anna Seghers entfaltet hier ihre oben beschriebene Qualitäten bei der Gestaltung der äußerlichen und inneren Kämpfe um den Aufbau des Sozialismus. Sie entwirft ein Bild nicht nur des Heroismus der Arbeiterklasse (der jetzt allerdings von ganz anderer Art als der im „Weg durch den Februar“ oder im „Siebten Kreuz“ dargestellte), sondern auch von den vielfältigen Schwierigkeiten und Widerständen, die der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Beziehungen entgegenstehen.

Das Vertrauen

Besondere Bedeutung gewinnt in beiden Romanen — wie es der Titel des einen schon andeutet — das Motiv des Vertrauens. Gemeint ist damit nicht nur der Kampf um das Vertrauen der Werktätigen in die neue Ordnung, der sich viele noch verweigern. Es geht mehr noch um das Vertrauen der kommunistischen Avantgarde in das Volk und seine Fähigkeiten. Anna Seghers hatte dieses Verhältnis exemplarisch an der Beziehung des Funktionärs Wallau zu Georg Heisler im „Siebten Kreuz“ dargestellt. Erst dadurch, daß Wallau dem anderen Vertrauen entgegenbrachte, daß er ihn vorurteilslos in seinem Wert anerkannte, konnte er Georgs menschliche Qualitäten entwickeln und ihn weiter zum klassenbewußten Proletarier formen.

Robert Lohse dagegen, eine der Hauptpersonen in den letzten Romanen der Seghers, ist durch Mißachtung und Unverständnis, das ihm Lehrer und Genossen während der Weimarer Zeit entgegengebracht haben, in seiner Entwicklung zurückgeworfen worden. Nach dem Krieg ist Robert einer der ersten, die beim Aufbau des Stahlwerkes anpacken. Er entdeckt dabei in sich die Fähigkeit und das Bedürfnis, Lehrlinge anzulernen und ihnen seine beruflichen Kenntnisse weiterzugeben. Aber wiederum stößt Robert bei den Genossen auf Unverständnis. Es bedarf des Einsatzes seiner Schüler, damit er seine neu entdeckten Fähigkeiten auch einsetzen und weiter entfalten kann.

Zum dramatischen Prüfstein für das Vertrauen zwischen den Kommunisten und den Arbeitern werden dann die Ereignisse des 17. Junis. Die Prüfung wird zwar bestanden, aber dennoch muß selbst ein im antifaschistischen Kampf erprobter Kommunist wie der Funktionär Richard Hagen feststellen: *„Und schon ertönte in seinem Inneren, sogar hier auf dem Friedhof, leise und hartnäckig die Antwort: Du warst den Menschen nicht nahe genug. Du hast nicht genug gewußt. Von den Menschen nicht und auch nicht von ihrer Arbeit.“*

Stalins Tod und das Schamgefühl der Kritiker

Nicht überall sind die beiden letzten Romane der Anna Seghers mit diskretem Schweigen übergangen worden wie in dem erwähnten „Stern“-Artikel. Im allgemeinen sind sie von der westdeutschen Literaturkritik mit einer wahren Orgie blindwütiger Beschimpfungen beantwortet worden. Angesichts einiger freundlicher Töne, die jetzt zum 80. Geburtstag der Anna Seghers in den Feuilletons westdeutscher Zeitungen angeschlagen wurden, ist es durchaus angebracht, sich diese Reaktionen noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Der schon erwähnte Reich-Ranitzki, der einflußreichste Kritiker hierzulande, urteilte schon über die „Entscheidung“ als „das erschütternde Dokument der Kapitulation des Intellekts, des Zusammenbruchs eines Talents, der Zerstörung einer Persönlichkeit.“

Und er war durchaus noch steigerungsfähig. Als vor zwölf Jahren „Das Vertrauen“ erschien, hieß es in der „Zeit“: „Doch dieses Produkt von Anna Seghers ist nicht nur langweilig und geschmacklos und vollkommen mißgeraten, es ist auch noch töricht und verlogen und, vor allem, obszön.“ Das hilflose Stakkato der Autorenbeschimpfung mündet also in dem Vorwurf der Obszönität. Und dieser Vorwurf wird übrigens als einziger überhaupt begründet. Allerdings nicht — was man ja eigentlich annehmen sollte — mit den Methoden der bürgerlichen Literaturkritik, sondern ausschließlich politisch. Was also hat das Schamgefühl des Herrn Reich-Ranitzkis so sehr verletzt? „Schamlos scheint mir die Liebe der alten Seghers zu Stalin zu sein. In diesem Sinne halte ich den Roman ‚Das Vertrauen‘ für obszön.“



Trauerkundgebung für Stalin in der DDR.



Anna Seghers im Kabelwerk Oberspree.

Nicht nur ihm geht es übrigens so. Auch der andere „Großkritiker“ des westdeutschen Literaturbetriebs, Fritz Raddatz, kommt zu dem Schluß: „Dieses Buch ist nicht nur aus einsichtigen Gründen schlecht. Es ist schamlos.“ (Und ähnliches könnte man aus den Besprechungen der großen bürgerlichen Blätter schier endlos aneinanderreihen.) Was die Herren in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Presse aufgeschreckt hat, ist nicht nur die Tatsache, daß Anna Seghers in den genannten Romanen ein realistisches Bild der Nachkriegsentwicklung entwirft, ein Bild, das die verordnete Geschichtsschreibung in unserem Land der Lüge überführt. Es ist vor allem die Behandlung Stalins, mit der Anna Seghers an ein allen Reaktionären gemeinsames Tabu rührt. Im Roman „Das Vertrauen“ nimmt Stalins Tod neben dem 17. Juni als geschichtliches Ereignis den größten Raum ein. Anna Seghers stellt dar, welche Gefühle und Regungen dieser Tod in den von ihr gestalteten Personen ausgelöst hat. Sie zeigt, daß nicht nur die Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter Trauer und Betroffenheit über diesen großen Verlust zeigen. In der Beschreibung einer Trauerfeier im Jugendverband von Kossin etwa heißt es: *„Doch die meisten glaubten, was Lisa aussprach. Auch solche, die bisher diesen Tod nicht so stark empfunden hatten, fühlten erschrocken, daß ihnen etwas Schweres, Unwiederbringliches geschehen war.“*

Freude und Hoffnung gibt es dagegen auf der anderen Seite der Barrikade. Das drückt sich in einem Gespräch zwischen dem Kommerzienrat Castricius und dem Junior-Chef der Bentheim-Werke aus: *„Castricius unterbrach ihn. Er war jetzt vollkommen ernst. Er hatte auch keine munteren Äuglein mehr. ‚Dein Vater meint, wenn ich dich richtig verstehe, nach Stalins Tod sei manches recht fraglich geworden, was vorher felsenfest erschienen ist?‘ ‚Das klingt ein bißchen einfach. Man kann es freilich auch so ausdrücken‘.“*

Das ist natürlich mehr, als die oben angeführten „Großkritiker“ verdauen können: Der Tod des Genossen Stalin als Schmerz für die Werktätigen und als Hoffnung für die Revanchisten. Was sie von einem DDR-Roman verlangen, daß ist „Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit“ — so wie es vor zwei Jahren Stefan Heym mit seinem Roman „Collin“ getan hat (und dafür auch prompt über den grünen Klee gelobt wurde.)

Man kann dabei jedoch auch nicht übersehen, daß Anna Seghers' Darstellung der sozialistischen Aufbaujahre — jedenfalls was die Behandlung Josef Stalins betrifft — im Gegensatz zu dem nach der revisionistischen Entartung in der DDR verordneten „Kampf gegen den Personenkult“ steht, der sich entweder in der Verleumdung Stalins und seiner Politik oder im völligen Verschweigen seiner historischen Rolle äußert.

Noch eine andere bemerkenswerte Tatsache in bezug auf das Spätwerk der Anna Seghers ist hier festzustellen. Während früher ihre Romane und Erzählungen zumeist auf die aktuelle geschichtliche Entwicklung bezogen waren, endet ihre dichterische Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Jahr 1953. Das letzte Vierteljahrhundert, in dem sich kapitalistische Verhältnisse in dem Teil Deutschlands durchgesetzt haben, auf dem einst die Hoffnungen der revolutionären Werktätigen ruhten, bleibt in ihrem Werk ausgespart.

Anna Seghers Schaffen stellt zweifellos den Höhepunkt der zeitgenössischen deutschsprachigen Prosa dar. Es ist — allen Unkenrufen der bürgerlichen Literaturkritik zum Trotz — der lebendige Beweis dafür, daß nur der sozialistische Realismus eine wirklich gültige dichterische Gestaltung der heutigen Wirklichkeit zu leisten vermag. Wir konnten in unseren Artikeln nur auf einen Teil des Segherschen Werkes eingehen. Unberücksichtigt blieben vor allem die Erzählungen. Der Zweck dieser Artikel war jedoch auch nicht eine umfassende Würdigung der großen Schriftstellerin; sie sollten in erster Linie eine Anregung für unsere Leser sein, deren Werk für sich zu entdecken.

Bücher von Anna Seghers

Werke in zehn Bänden, 150 DM; Das siebte Kreuz, 9,80 DM; Der Kopflohn, 9,80 DM; Transit, 10,80 DM; Die Toten bleiben jung, zwei Bände, je 12,80 DM; Der Weg durch den Februar, 14,80 DM — alle Verlag Luchterhand. Erzählungen, vier Bände, zwischen 10,10 und 13,70 DM; Die Entscheidung; Das Vertrauen, 9,30 DM; Publizistik, zwei Bände, zus. 21,00 DM — alle Aufbau-Verlag, Ostberlin.



Demonstration für den mit Todesurteil bedrohten Antifaschisten Erdal Eren.

Hinrichtungen und Massenverhaftungen

Türkische Junta verschärft den Terror

Bonn liefert den Mördern die Waffen

ANKARA. — Alle Nachrichten, die in diesen Tagen aus der Türkei kommen, sprechen eine eindeutige Sprache: Die faschistische Junta verschärft ihren Terror gegen das Volk von Woche zu Woche. Immer neue Massenverhaftungen von Gewerkschaftern, Mordterror der Armee und Hinrichtungen von Revolutionären — das ist der Alltag im NATO-Land Türkei.

Wiederholt hat der „Rote Morgen" in der letzten Zeit darüber berichten müssen, daß die faschistische Militärjustiz Todesurteile fabriziert hat — die dann sogleich vollstreckt wurden. Wie wir jetzt erfuhren, ist unter denjenigen, die unmittelbar nach dem Putsch ermordet wurden, auch Irfan Çelik, ein Führer der „Marxistisch-Leninistischen Bewegung". Gerade sein Fall macht deutlich, was die Junta unter der Herstellung von „Ruhe und Ordnung" im Land versteht: die brutale Knebelung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen bis hin zur physischen Vernichtung all der Revolutionäre, deren sie habhaft werden kann.

Irfan Çelik ist am 24. Juli verhaftet worden — also noch vor dem Putsch. Aber auch damals schon wurden ja Aktivisten revolutionärer, gewerkschaftlicher und demokratische Organisationen zu Tausenden verhaftet. Irfan Çelik wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Doch vor seiner Entlassung aus dem Gefängnis putschte das Militär — und das war für ihn das sichere Todesurteil. Zwei Tage nach dem Putsch wurde Irfan Çelik zu Tode gefoltert. Zunächst versuchte man diesen bestialischen Mord mit den in allen faschistischen Diktaturen angewandten Methoden zu vertuschen. Die von der Junta gleichgeschaltete Presse verbreitete die Lüge, der Gefangene hätte sich selbst erhängt. Inzwischen jedoch bekennt sich die Junta zu dem Mord an Irfan Çelik.

Und das gleiche Schicksal droht jetzt auch dem jungen Antifaschisten Erdal Eren. Ihn hatte im Sommer eine breite Solidaritätsbewegung in der Türkei und im Ausland vor der Hinrichtung bewahrt, als sich das türkische Parlament gezwungen sah, ein von Militärrichtern (vor dem Putsch) verhängtes Todesurteil zu annulieren. Jetzt meldeten türkische Zeitungen, daß die faschistische Junta das Todesurteil wieder in Kraft gesetzt hat. Für jeden Demokraten und Antifaschisten ergibt sich daraus die Verpflichtung, in jeder ihm möglichen Form gegen diesen Anschlag auf das Leben von Erdal Eren zu protestieren.

Während Hinrichtungen durchgeführt und neue vorbereitet werden, rollt die von der Junta in Gang gesetzte Verhaftungswelle weiter über das Land. Die jüngsten Opfer waren 64 führende Mitglieder der Lehrergewerkschaft Tob-Der. Sie sind vom 2. Militärgericht in Ankara angeklagt worden, die „Vorherrschaft einer sozialen Schicht über andere" angestrebt zu haben. Hinter dieser eigentümlichen Anschuldigung verbirgt sich offenbar die Anklage gegen den fortschrittlichen Charakter der Gewerkschaft. Was die Junta verteidigt, ist ja die Vorherrschaft der ausländischen Imperialisten und der reaktionären Bourgeoisie in der Türkei. Und wer diese Vorherrschaft in Frage stellt, wie es die Tob-Der und andere Gewerkschaften getan haben, der wird vor die Militärgerichte gezerrt und unter Anklage gestellt. Den Lehrer-Kollegen drohen jetzt Gefängnisstrafen zwischen 8 und 15 Jahren.

In den vergangenen Wochen hat die Junta auch die Zensur weiter verschärft. Zum ersten Mal wurde eine der großen Tageszeitungen des Landes verboten. Es handelt sich dabei um „Cumhuriyet", die älteste Zeitung der Türkei. Das Blatt hat übrigens eine sozialdemokratische Orientierung. Und sicher werden es die türkischen Sozialdemokraten wieder einmal als bitteren Hohn empfunden haben, daß ausgerechnet ihre westdeutschen Gesinnungsfreunde die entschiedensten Förderer der faschistischen Junta sind.

Als Begründung für das Verbot von „Cumhuriyet" gab die Junta an, die Zeitung habe eine Nachricht gebracht, die „jeder Grundlage entbehrt". Gemeint war damit ein Artikel, der einen Teil der türkischen Wirklichkeit zur Sprache gebracht hatte. Es war darin berichtet worden, daß in vielen türkischen Provinzen Mangel an Brot herrscht. „Cumhuriyet" ist jetzt — nach anderthalbwöchigem Verbot — zwar wieder zugelassen worden. Die Junta hat jedoch deutlich gemacht, daß es für die noch legale bürgerliche Presse nur eine Alternative gibt: entweder zu lügen oder verboten zu werden.

Die faschistischen Generäle in Ankara entlarven so selbst das verlogene Geschwätz von dem „demokratischen Putsch", das hierzulande seit Monaten von den Schmidt und Matthöfer verbreitet wird. Nicht gegen „Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen" richten sich die Maßnahmen der Junta, wie es die SPD-Führer nicht müde werden zu behaupten. Es ist der schrankenlose Terror gegen das Volk und nur gegen das Volk, was von den Generälen betrieben wird. Wo sind denn die Maßnahmen gegen die Grauen Wölfe und andere Aktivisten des faschistischen Terrors? Die Gefangenen in den Kerkern der Junta zählen heute schon nach Zehntausenden. Aber darunter sind nur 91 (!) Mitglieder oder Anhänger der faschistischen Partei, MHP.

Und was die Junta mit denen vorhat, kann man leicht ermessen, wenn man das Urteil zur Kenntnis nimmt, das in der vergangenen Woche gegen den MHP-Boß, den berüchtigten Massenmörder Alpaslan Türkeş ausgesprochen wurde. Wegen Verstoßes gegen „das türkische Strafrecht und das Wahlrecht" bekam er ganze zwei Monate Gefängnis. Und das sollen die Herren Schmidt und Matthöfer doch einmal vergleichen mit den angedrohten Urteilen gegen die Gewerkschafter, mit den Todesurteilen oder auch mit der Tatsache, daß seit dem Putsch sozialdemokratischen Parlamentarier ohne Gerichtsurteil eingekerkert sind.

Aber an all dem stören sich der Bundeskanzler und seine SPD-Minister offenbar nicht im geringsten. In der letzten Woche wurde, während in der Türkei der faschistische Terror schlimmer wütet denn je, in Ankara ein Abkommen zwischen dem westdeutschen Botschafter und dem türkischen Kriegsminister abgeschlossen. Sein Inhalt: Die Junta wird in den Jahren 1981 bis 1984 eine zusätzliche Waffenhilfe aus Bonn in Höhe von 600 Millionen Mark bekommen.

US-Gericht billigt fünffachen Mord

Ku-Klux-Klan-Mörder wurden freigesprochen

GREENSBORO (USA). — Mit Protesten und Demonstrationen reagierten die demokratischen Kräfte in den USA auf ein skandalöses Urteil, das vom Gericht der Stadt Greensboro im Bundesstaat North Carolina gefällt wurde: die Verantwortlichen für das Massaker vom vergangenen November, bei dem fünf Menschen kaltblütig erschossen wurden, erhielten allesamt einen glatten Freispruch.

Im November 1979 hatte die rassistische Terrorbande Ku-Klux-Klan in Greensboro große Holzkreuze verbrannt. Jeder Schwarze und jeder Demokrat wußte, was das zu bedeuten hatte. Denn die Kreuzverbrennungen sind seit eh und je Ankündigungen für neue Terrorakte der Bande. Früher folgte darauf das Lynchen von schwaren Werktätigen. Heute, wo der Klan mit den modernsten Waffen ausgerüstet ist, kündigen sie bewaffnete Überfälle der Bande an.

Doch obwohl jeder in den Südstaaten die Bedeutung dieser Drohung kennt, schwieg sich die Presse über die Kreuzverbrennungen aus. Die Polizei selbst hatte sie zum Schweigen verpflichtet. Kein Wunder — waren unter den Klansmännern, die sich neben den brennenden Kreuzen versammelten, doch auch Polizisten gewesen. Um die Mauer des Schweigens über die Aktivitäten des Klans zu durchbrechen, organisierte die sogenannte Kommunistische Arbeiterpartei (CWP) am 3. November eine Demonstration gegen den Rassismus, vor allem gegen die neue Welle des Ku-Klux-Klan-Terrors i, in Greensboro.



Massaker in Greensboro.

Diese Demonstration wurde von bewaffneten Kommandos der Terrorbande,verstärkt durch Killer der US-Nazipartei, überfallen. Sie hielten mit automatischen Gewehren und Pistolen in die Menge. Innerhalb von zwei Minuten starben vier Demonstranten in dem Kugelhagel, ein fünfter erlag später im Krankenhaus seinen tödlichen Verletzungen. Diese mörderische Überfall, der selbst in der blutigen Geschichte der USA seinesgleichen sucht, konnte nur durch die völlige Passivität der örtlichen Polizei gelingen, die nichts zum Schutz der Demonstranten unternahm.

Schon gleich nach dem Blutbad wurde in Greensboro alles unternommen, um die Mörder reinzuwaschen und die Opfer des Überfalls zu den eigentlich Schuldigen zu erklären. Die Bundespolizei FBI hatte schon am 15. November ihre „Ermittlungen" eingestellt und erklärt, das Massaker von Greensboro sei keine Angelegenheit des Bundes, weil hier keine Bürgerrechte verletzt worden wären. Mit dieser unglaublichen Begründung überließ man den Fall vollständig den lokalen Behörden. Und die machten sehr bald deutlich, in welche Richtung sich die Angelegenheit entwickeln würde.

Die nach der Tat verhafteten Mörder wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt — gegen Kaution in der lächerlichen Höhe von 4000 Dollar. Auf der anderen Seite wurden, ohne daß es auch nur einen Schimmer von Beweis dafür gegeben hätte, Erklärungen vorbereitet, nach denen die Demonstranten zuerst geschossen haben sollen. Die örtliche Presse fügte den Lügen der Polizei- und Justizbehörden eine weitere Variante hinzu: Sie brachte reißerisch aufgemachte „Aussagen" eines anonymen Informanten, die CWP selbst hätte das Massaker geplant, um durch den Tod einiger ihrer Leute in der Öffentlichkeit bekannt zu werden.

Der jetzt erfolgte Freispruch für die Mörder vom Ku-Klux-Klan ist also seit einem Jahr systematisch vorbereitet worden. Er wirft ein grelles Licht auf die Situation in den USA, dem „Bollwerk der westlichen Demokratie", er zeigt, in welch erschreckendem Maße dort die Faschisierung schon fortgeschritten ist. Eine Entwicklung, die Reagan und seine Leute noch weiter vorantreiben werden.

Kurz bevor der Freispruch von Greensboro erfolgte, legte eine Bürgerrechtskommission in Washington alarmierende Fakten vor, aus denen hervorgeht, daß der Klu-Klux-Klan planmäßig eine neue Offensive des Terrors vorbereitet. Er unterhält in den Bundesstaaten Texas, Illinois, Alabama, Connecticut und North Carolina militärische Ausbildungslager, in denen die heute etwa 100000 aktiven und zu allem bereiten Mitglieder der Bande im Killen gedrillt werden — ohne daß jemals die Behörden gegen diese Lager eingeschritten wären. Und auch der Bericht der Bürgerrechtskommission bestätigt die enge Verflechtung zwischen dem Klan und dem staatlichen Gewaltapparat. Nicht nur Polizisten gehören zu den Aktivisten des Klan-Terrors, sondern auch führende und heute noch dienende Militärs.

Das neuerliche Aufleben der blutigen Aktivitäten des Ku-Klux-Klans hängt eng mit dem durch die tiefe kapitalistische Krise hervorgerufenen Anwachsen des Klassenkampfes zusammen. So ist es auch in der Vergangenheit gewesen. Der Klan ist ursprünglich ein Geschöpf der reichen Plantagenbesitzer des Südens, die nach dem für sie verlorenen Bürgerkrieg in ihm eine Möglichkeit sahen, mit schrankenlosem Terror gegen die Schwarzen die Aufhebung der Sklaverei wieder rückgängig zu machen. Als nach dem ersten Weltkrieg der Klassenkampf einen Aufschwung nahm und sich viele Arbeiter der gerade gegründeten KP zuwandten, lebte der Terror des Klans wieder auf: jetzt richtete er sich nicht mehr ausschließlich gegen die Schwarzen, sondern auch gegen die Kommunisten und die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter. Eine weitere Welle des Klan-Terrors war in den sechziger Jahren zu verzeichnen, als die demokratische Bewegung und vor allem die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen einen Höhepunkt erlebte.

Und immer sind die straff militärisch organisierten und schwer bewaffneten Banden des Klan eine terroristische Kampftruppe der herrschenden Klasse gewesen. Und diese Funktion üben sie auch jetzt wieder aus, wo die amerikanischen Werktätigen vor neuen schweren Kämpfen stehen. Das Urteil von Greensboro hat dem Klu-Klux-Klan, der Nazipartei und anderen Banden ein eindeutiges Signal gegeben, daß sie auch künftig ihr blutiges Handwerk unter dem Schutz von Polizei und Justiz ausüben können.

Schon zur Regierungszeit von Carter gab es offene Verbindungen des Ku-Klux-Klan in die höchsten Regierungsämter Washingtons. So war etwa der Fraktionsführer von Carters Partei im Senat, Robert Byrd, ein Klansmann. Nach der Wachablösung Carters durch Reagan und seine Gefolgschaft ist die Präsenz von Angehörigen offen faschistischer Gruppierungen in Washington nur noch größer geworden.

Szenen aus der Hamburger Justiz

Die Freie und Hansestadt Hamburg wird seit Bestehen der Bundesrepublik von der SPD regiert, seit den letzten Bürgerschaftswahlen sogar ohne Koalitionspartner. Der smarte Bürgermeister Klose legt großen Wert auf ein liberales Image der Hansestadt. Doch davon bleibt wenig übrig, wenn man einmal einen Blick auf die Tätigkeit der Hamburger Justiz wirft.

Erster Fall. Im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz läuft gegenwärtig ein Verfahren gegen sieben Faschisten, darunter auch der prominente Nazi-Terrorist Michael Kühnen. Im Mai 1977 hatten die Angeklagten antifaschistische Demonstrationen überfallen und elf von ihnen verletzt.

Obwohl selbstverständlich ein erhebliches öffentliches Interesse an diesem Verfahren besteht, läuft es sozusagen im Geheimen ab. Die Öffentlichkeit, einschließlich der Presse, ist nämlich bei diesem Prozeß ausgeschlossen. Begründet wurde dieser Ausschluß damit, daß einer der Angeklagten zur Tatzeit noch minderjährig war. Nun hätte man natürlich sein Verfahren von dem der anderen abtrennen können. Das aber lehnte der vorsitzende Richter aus „prozeßökonomischen Gründen" ab.

Man fühlt sich da sofort an einen anderen Prozeß erinnert, der vor zwei Jahren im gleichen Gebäude stattfand. Damals spielte die „Prozeßökomonie" keine Rolle. Da wurde ein gewaltiger Aufwand betrieben, in einem Sicherheitstrakt verhandelt, wurden unzählige Prozeßtage angesetzt (was dann dazu führte, daß ein Angeklagter nach dem anderen seine Arbeitsstelle verlor). Aber damals standen eben nicht Nazis, sonder Antifaschisten vor dem Gericht.

Die ausgeschlossenen Presseleute müssen also jetzt zusehen, wie sie vor den Türen des Verhandlungsraums an Informationen oder Bilder herankommen. Und dabei sind sie inzwischen zum Freiwild für die angeklagten Faschisten geworden. Der Nazi Lothar Wrobe etwa bedrohte einen Fotografen: „Du kommst hier nicht heil raus". Sein Kumpan Christian Graabsch zu einem anderen Journalisten: „Deine Fresse merk ich mir, für jedes Foto, das du machst, brech' ich dir einen Knochen". Und es blieb nicht bei solchen Drohungen. Nazi Pasternack prügelte auf einen Fotografen ein und versuchte ihm die Kamera zu entreißen. Einer der beiden Anwälte ermutigte den Schläger: „Ich an Ihrer Stelle hätte ihm den Kopf abgeschlagen."

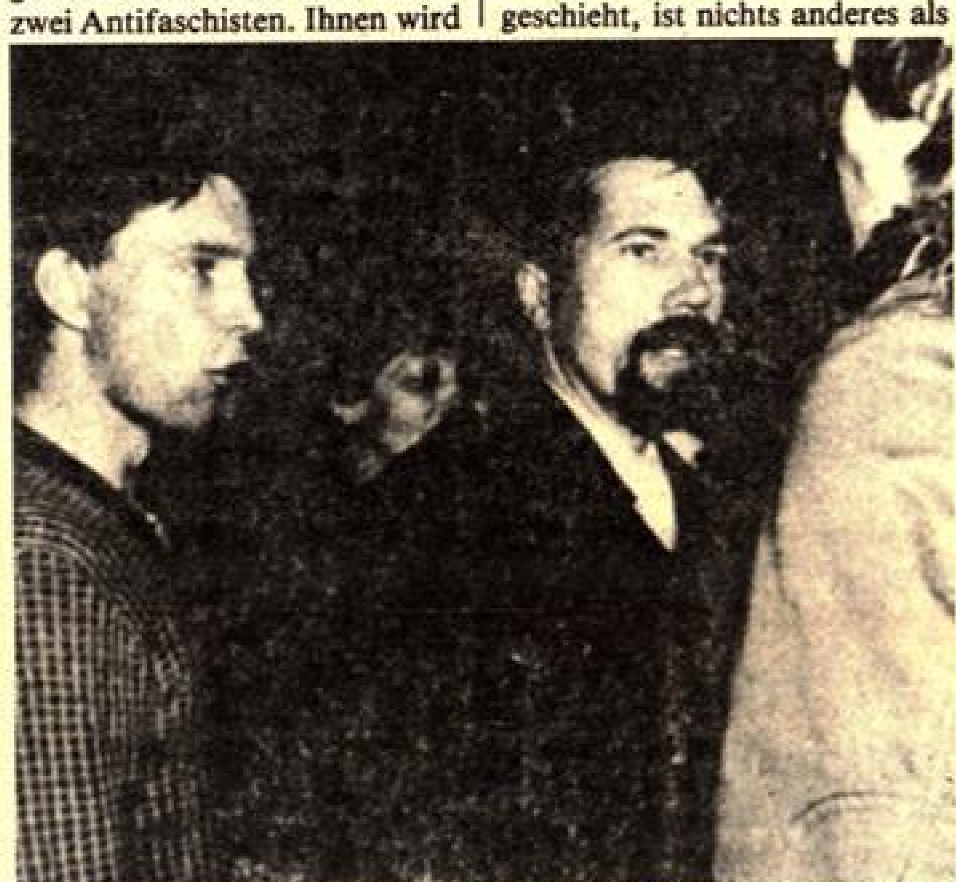
All das war nun für die anwesenden Polizeibeamten keineswegs ein Anlaß, mit den Nazi-Schlägern aufzuräumen. Im Gegenteil. Die Gewerkschaftszeitung „metall" berichtet: „Drei Saalwächter schauten seelenruhig zu." Der Einsatzleiter im Gerichtsgebäude, Polizeiobermeister Claasen, hatte vorher schon den Fotografen gedroht: „Ich warne Sie, machen Sie hier keinen Putz." Wohlgemerkt, das galt den Journalisten und nicht den Nazis. Nach der Prügelei von Pasternack wurde dann besagter Claasen doch noch aktiv. Er ließ vier Fotografen zur Wache schleppen — zwecks Feststellung der Personalien.

***

Zweiter Fall. Im Hamburger stadtteil Harburg läuft zur gleichen Zeit ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten. Ihnen wird vorgeworfen, bei einer Nazi-Hetzkundgebung Eier gegen den Einpeitscher geworfen zu haben. Es ist übrigens nicht einmal nachgewiesen, daß bei dieser Kundgebung überhaupt jemand von Eiern getroffen wurde. Dennoch klagt Staatsanwalt Gerhardt wegen „Landfriedensbruch" an. (Der gleiche Gerhardt hatte früher eine Anklage gegen die Urheber eines der widerlichsten Nazi-Blätter abgelehnt: den „Aufmarsch", Organ der „Faschistischen Front", in dem es von NS-Symbolen nur so wimmelt und in dem gegen die „Vergasungslüge" gehetzt wurde.)

Wegen der Eier aber, die offenbar, wenn sie überhaupt geworfen wurden, niemanden getroffen haben, wird in Harburg der Prozeß geführt. Denn, so Gerhardt: „Durch das Werfen von Gegenständen wird Körperkraft aggressiv entfaltet." Und bei diesem Verfahren kommt dann auch all das wieder zum Tragen, was man aus Prozessen gegen Antifaschisten in Hamburg schon kennt. Rechtsanwalt Maeffert wird laufend vom Staatsanwalt unterbrochen und faktisch an der Verteidigung gehindert. Polizeizeugen werden vorher für ihre Aussagen präpariert. Eine Beamtin sagte ganz offen: „Wir haben gemeinsam gedacht und einer hat geschrieben."

Was hier in Hamburg geschieht, ist nichts anderes als die unverhohlene Kriminalisierung jeder Form des öffentlichen antifaschistischen Protestes, während einige Kilometer weiter am Sievekingplatz den Nazis ebenso unverhohlen signalisiert wird, daß sie die ganze Sympathie der Polizei haben. Wenn in den letzten Wochen und Tagen die bürgerlichen Politiker — nicht nur im „liberalen" Hamburg — viele große Worte über ihr Engagement im Kampf gegen den „Rechtsextremismus" gemacht haben, dann genügt ein Blick in die Gerichtssäle, um festzustellen, daß es sich dabei nur um wohlklingende Phrasen handelt.



Der angeklagte Neo-Nazi Graabsch (links) mit seinem Anwalt Rieger, der selbst ein bekannter Neo-Nazi ist.



Airbus-Produktion bei MBB.

Tödlicher Werkstoff bei MBB

Dem Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm hat die IG Metall „kriminelle Leichtfertigkeit" vorgeworfen. Und kriminell ist in der Tat der Umgang, den der Konzern mit dem Arbeitsstoff Epoxidharz pflegt, der für die Innenausstattung des „Airbus" verarbeitet wird.

Sogar der Hersteller dieses Harzes hat darauf hingewiesen, daß der Epoxidharz krebserzeugend wirkt und schwere Schädigungen fast aller inneren Organe und des zentralen Nervensystems hervorruft. Dennoch werden im MBB-Werk Laupheim keine Vorsichtsmaßnahmen bei der Verarbeitung des gefährlichen Stoffes getroffen. Die Luft ist gesättigt mit dem Dampf, der beim Härten der gegossenen Formteile entsteht, dazu kommt noch der beim Schleifen und Bohren des Harzes entstehende Staub. All das müssen die Arbeiter in Laupheim einatmen.

Die Folgen sind, wie die IG Metall festgestellt hat, schwere Allergien, „bei denen sich die Haut in Fetzen ablöst", ständige Kopfschmerzen, chronische Reizung der Bronchien, völlige Appetitlosigkeit und chronische Magenerkrankungen. Der Konzern tut das, was die kapitalistischen Profithaie in solchen Situationen immer zu tun pflegen: Er streitet die Vorwürfe der Gewerkschaft schlichtweg ab. Bei MBB (und nicht nur dort) müssen die Arbeiter also einen Kampf ums nackte Überleben führen.

Alltag einer Rentnerin

Die folgende kurze Notiz entnahmen wir der „Frankfurter Rundschau". Sie wirft ein bezeichnendes Licht auf das, was man hierzulande den „Wohlfahrtsstaat" oder die „Konsumgesellschaft" nennt.

„Jetzt kommt die Jahreszeit, da geht Frau Brigitte M. (Name geändert) des öfteren in die benachbarten Kaufhäuser in dem westlichen Stadtteil, in dem sie lebt. Nicht zum Konsumieren freilich, denn dazu hat sie kein Geld: Von den 345 Mark Rente und 252 Sozialhilfe, die sie bekommt, muß sie für Miete, Wasser und Stroum rund 200 Mark zahlen.

Nein, in die Kaufhäuser geht sie jetzt, weil es da so schön warm ist — ‚ich kann mich doch nicht hier in die Wohnung setzen und heizen.' Denn der Gasofen in der alten Dachgeschoßwohnung (ein Zimmer mit Küche) kostet im Dauerbetrieb zuviel Geld. Und Frau M. leidet unter Arthrose (Gelenkrheumatismus), einer Krankheit, die ihr bei Kälte am meisten zu schaffen macht. Also sucht sie die Wärme anderswo."



Montag, 1. Dezember
20.15 Uhr, WDR III
Paul Jacobs und die Atombande. Der Film berichtet über die Arbeit des amerikanischen Reporters Paul Jacobs, der einem der brutalsten Verbrechen der US-Regierung nachspürte: In den fünfziger und sechziger Jahren wurden zu Versuchszwecken mehr als 200 Atombomben in den Wüstenstaaten der USA gezündet. Die Folgen waren (der RM berichtete mehrmals darüber) Krebserkrankungen bei Soldaten, die an den Versuchen beteiligt waren und auch bei der Zivilbevölkerung.

Nach langem Leugnen der Fakten über die systematische Verseuchung durch radioaktive Strahlung mußte in diesem Sommer eine Parlamentskommission in Washington zum ersten Mal die Berechtigung der von Jacobs und anderen erhobenen Vorwürfe anerkennen.

•

Montag, 1. Dezember
23.10 Uhr Hessen III
Was kann ein Mensch tun? Film über den amerikanischen Schriftsteller Upton Sinclair, der realistisch die Ausbeutung und Unterdrückung in den USA beschrieben hat.

•

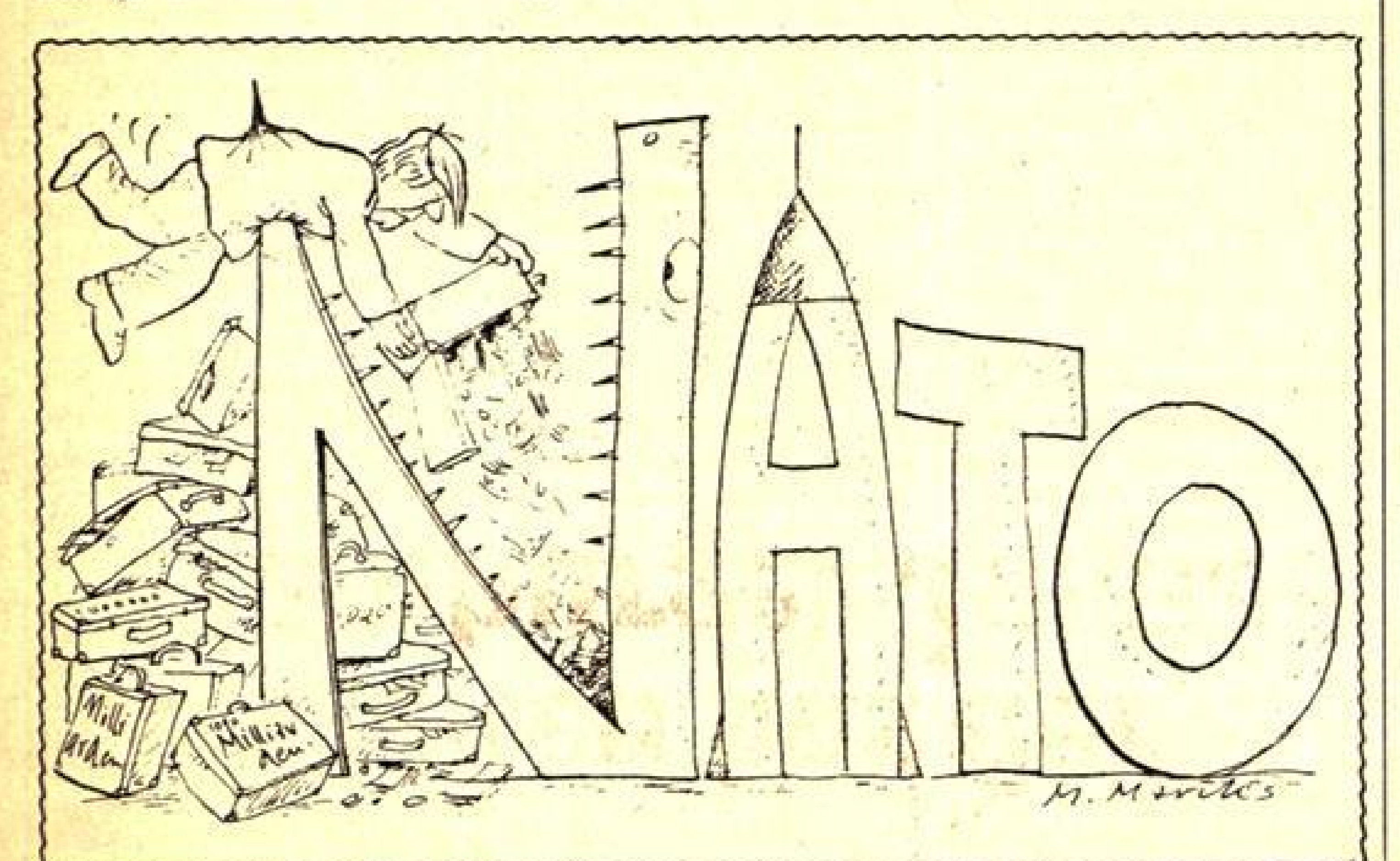
Mittwoch, 3. Dezember
22.15 Uhr ZDF
Ich sterbe dürstend an der Quelle. Ein Film über die Fischer von Chimbote im Norden Perus. Internationale Konzerne haben die Fanggründe leergefischt und die Fischer stehen vor dem Ruin. Ihr Schicksal wird in diesem Film als exemplarisches Beispiel für die Verelendung der werktätigen Massen in Lateinamerika behandelt.

•

Donnerstag, 4. Dezember
23.00 Uhr ARD
Simon Bolivar. Film zum 150. Todestag des lateinamerikanischen Revolutionärs, der — angeregt von den Ideen der französischen Revolution — den Befreiungskampf gegen die spanischen Kolonialherren anführte.

•

Donnerstag, 4. Dezember
22.20 Uhr ZDF
Ein Scheffel Saat. Thomas Hartwig zeichnet in seinem Film ein Portrait des oldenburgischen Dorfes Varnhorn-Siedenbögen.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 25, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.